

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. September 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eisenbahn-Unfälle.

Der Eisenbahnminister hat an sämtliche Eisenbahn-Direktionen folgende Verfügung erlassen:

In neuester Zeit sind bedauerlicherweise auf den preussischen Staatsbahnen mehrfach, zum theil schwere Unfälle zu beklagen gewesen. Sie sind, so weit hat festgestellt werden können, meistens theils darauf zurückzuführen, daß die für die sichere Handhabung des Eisenbahnbetriebes bestehenden Vorschriften nicht genügend beachtet worden sind.

Ich nehme hieraus Anlaß, den königlichen Eisenbahn-Direktionen aufzugeben, erneut den im früheren Betriebsdienste beschäftigten Beamten und Bediensteten die genaueste und peinlichste Beachtung aller ihnen für die Sicherung des Eisenbahn-Betriebs erteilten Anweisungen einzuschärfen und dafür Sorge zu tragen, daß nur solches Personal im früheren Betriebsdienste beschäftigt wird, das die ihm in der bezeichneten Richtung erteilten Vorschriften nicht nur kennt, sondern auch versteht und anzuwenden weiß.

Das ist also das Mittel, mit welchem Herr Thielen den zahlreichen Unfällen in den ihm unterstellten Betrieben abhelfen zu können glaubt. In seiner Verfügung kommt dieselbe Auffassung zum Ausdruck, die heute allgemein in den maßgebenden Kreisen vorherrschend ist, die insbesondere auch von den Staatsanwälten und Richtern zum schweren Schaden der unteren Eisenbahn-Beamten und zu Ruß und Schuß der Herren Oberbeamten getheilt wird: Die Vorschriften werden nicht genügend beachtet, das ist die Ursache der Unfälle auf den Staatsbahnen, so weit hat festgestellt werden können.

Natürlich geben die gerichtlichen Untersuchungen und Urtheile in erster Linie die Grundlage ab für die Feststellungen des Eisenbahnministers. Aber wie spielen sich diese Untersuchungen ab? Wie kommen diese Urtheile zu stande? Da erscheint eine Kommission aus höheren Staatsbeamten, Juristen, Technikern am Platze des Unglücksfalles und vor allem kommt der Staatsanwalt, es werden Beschreibungen aller Art von dem Vorfall gemacht, der Staatsanwalt geht mit seinen Vernehmungen vor und die Direktion ist bei der Sache immer in ganz bequemer Position; sie macht die beteiligten Beamten namhaft und übergibt sie, soweit sie noch am Leben sind, dem Gericht.

Der Ausgang dieser Eisenbahnprozesse ist ein ganz merkwürdiger. Verurteilt werden immer nur untere Beamte: Weichensteller, Lokomotivführer, Heizer, Rangirmeister, Streckenwärter, Bremser, Assistenten und wenn es hoch kommt, Stationsvorsteher, das heißt also meistens Personen, die im Dienste täglich und stündlich Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

Von der Bestrafung eines Direktionsbeamten hat man doch wohl kaum jemals etwas gehört; im Gegentheil, diese Herren treten dem Staatsanwalt gegenüber in der Regel aber als Sachverständigen auf. Selten läumert sich ein Staatsanwalt um die Frage, wie weit die Aufsichtsbehörde zur Sicherheit des Betriebes ihre Schuldigkeit gethan hat. — Welche der Zeitung, die ihren Vermuthungen einmal bestimmtere Form geben möchte auf Grund von Klagen der Arbeiter, sie wird verurtheilt, wenn von ihren Behauptungen auch nur ein Wort irthümlich geseht ist.

Diese Art des Verfahrens giebt den Eisenbahn-Aufsichtsbeamten, die am grünen Tische sitzen, eine große Sicherheit. Sie sind stets unschuldig. Was haben sie mit dem Unglücksfall zu thun? Sie haben alles gethan, um Unfälle zu vermeiden. Wären nur die Unterbeamten nicht so nachlässig gewesen, die Vorschriften außer acht zu lassen! Und darum schärft Herr Thielen jetzt zum so und so vielen Male die Vorschriften den Unterbeamten ein.

Ja, die Vorschriften! Vorschriften werden allerdings in großen Massen auf die einzelnen Beamtenkategorien ausgeschüttet: Da hat z. B. so ein Lokomotivführer wenigstens 12 bis 15 Hefte, Broschüren, Verfügungen, die er stets auf der Lokomotive mit sich führen soll. Wer diesen Paden jemals gesehen hat, der wird den Scherz-Ausspruch eines Lokomotivführers begreifen: „Eigentlich ist man strafbar, sobald man auf der Lokomotive steht.“ Oder man besuche einen Rangirmeister, einen Bahnwärter und man wird eine Fülle der mannigfachen Vorschriften vorfinden, die theils in technischem Stil, theils in juristischem Stil abgefaßt und kaum für Direktions- oder höhere Betriebsbeamte verständlich sind.

Vorschriften sind leicht gegeben, aber weniger leicht innegehalten. Für die Betriebsleitungen mag es ein angenehmes Bewußtsein sein, sich hinter ihren massenhaften Erlassen und Vorschriften zu verbergen. Für die Unterbeamten dagegen dienen diese Vorschriften häufig genug zur Schlinge, in der der Staatsanwalt sie fängt. Die Unterbeamten müssen in erster Linie in die Lage versetzt werden, daß sie die Vorschriften auch auszuführen im stande sind.

Noch in diesen Tagen versicherte dem Schreiber dieser Zeilen ein einfacher Wagenmeister: „Wenn wir streng nach den Vorschriften handeln wollten, dann bekämen wir keinen einzigen Zug in seiner Wagenzusammenstellung rechtzeitig fertig, es giebt Zeiten, wo wir so eilig hin und her fahren, zusammenkuppeln und losmachen müssen, daß man gerade bei dieser Uebereilung schließlich zwischen die Puffer oder beim Auf- und Abspringen unter die Räder geräth.“

Der Dienst der Eisenbahnbeamten ist ein so schwieriger verantwortungreicher und jeder Fehler, der ihnen unterläuft, kann zu so verhängnisvollen Folgen führen, daß der Herr Eisenbahn-Minister sich getrost die erneute Einschärfung der Vorschriften hätte ersparen und dafür dem Sparsystem seine Aufmerksamkeit hätte widmen sollen, welches in seiner Art in schlimmster Weise befolgt wird, welches die Beamten zu unglücklich langer Arbeitszeit bei unzureichenden Löhnen verurtheilt. Von diesem Kapitel wollen wir demnächst wieder einmal ausführlicher reden; nur beipielweise wollen wir auf eine der schlimmen Folgen der übermäßigen Sparsamkeit hinweisen.

Eins der schlimmsten Uebel im Eisenbahn-Betriebe ist das Befahren kurzer Kurven in der Nähe der Bahnhöfe. An vielen Stellen liegen die Kurven so, daß der Lokomotivführer durch Häuser, Bäume oder andere Hindernisse an der Fernsicht gehindert ist, er kommt plötzlich um die Ecke. Solche Stellen mögen auf einer Stadtbahn verzeihlich sein, bei Bahnhöfen in der Ebene aber, wo man oft aus Sparsamkeit oder aus bürokratischer Engherzigkeit solche Gleisanlagen erhält, rächt sich der Fehler in der Regel durch einen schweren Unfall und wird auch gewöhnlich erst nach dem Unfall beseitigt. Hier ist oft die Sparsucht der für Außenstehende verborgene Grund des Unglücks. An der kurzen Biegung müßte ein Signalwärter stationiert sein, 200—300 Meter dahinter oder davor ist aber eine Neben-Übersahrt für Fuhrwerk, wo ebenfalls ein Wärter unumgänglich nötig ist, zwei Wärter so nahe bei einander! — Das kostet zu viel — lieber wird abgewartet, auf die Gefahr hin, daß ein Unglück stattfindet. Auf Bahnhöfen im inneren Dienst ist diese Sparsucht noch viel schlimmer und daher die vielen kleineren Unfälle auf Bahnhöfen.

Wenn daher Herr Thielen angesichts der neuerlichen schweren Unfälle die Einschärfung und strenge Befolgung der Vorschriften anordnet, so ist das ein recht schlechter Trost für jene, die bis jetzt beim Reisen mit heiler Haut davon gekommen sind. Viel nöthiger und dringlicher wäre es, Konferenzen unter Zuziehung der unteren Betriebsbeamten abzuhalten, aus ihrem Munde und mit ehrlicher Ermunterung zur Offenheit die wahren Ursachen der Unfälle sich erklären zu lassen. Dann erst würde vieles zur Sprache kommen, was den höheren Betriebsbeamten dauernd entgeht und der Abhilfe entzogen bleibt.

Vor allem aber wird es nötig werden, der Ueberschneidung ein Halt zu gebieten. Bessere Arbeitsbedingungen für die Unterbeamten und mehr Geld für die Bahnanlagen! Ehe hier nicht Besserung geschieht, kann keine Rede davon sein, daß alles geschehe, was zur Verhütung von Unglücksfällen zu thun in Menschenkräften liegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. September.

Ob Fürst Hohenlohe jetzt sein Amt verläßt oder erst nach einem oder zwei Monaten, darüber lohnt es sich kaum, ein Wort zu verlieren. Er geht, das ist sicher, und mit ihm scheint, was ungleich wichtiger, die Reform des Militär-Strafverfahrens wieder entschwinden zu sollen.

Die „Voss. Ztg.“ will wissen, daß der Reichskanzler sehr bald Abschied nehmen wird und daß sein Nachfolger schon die Koffer packt, um nach Berlin überzusiedeln. Dasselbe Blatt will auch seinen Nachfolger kennen. Es nennt den General v. Bülow, Kommandeur des XIV. Armeekorps. Dieser Herr — Husarenoffizier gleich Poddjelski — soll einer der wenigen Generale gewesen sein, die sich gegen die Umgestaltung der Militärgerichtsbarkeit ausgesprochen hatten. Politische Thätigkeit hat dieser Herr v. Bülow ebenso wenig ausgeübt, wie Herr v. Poddjelski sich vor seiner Ernennung zum Generalpostmeister im Postwesen umgethan hatte; aber in unseren Tagen scheinen ja solche Herren, welche möglichst unbeschwert von sachmännischen Vorurtheilen geblieben sind und sich so am besten zu „Handlangern“ eignen, für die höchsten Staatsämter besonders beliebt zu werden. Die „Voss. Ztg.“ sieht weiter in Herrn v. Bülow einen „schneidigen Mann, ganz einen Mann der Reaktion“, einen Konfliktminister.

Dies wollen wir ruhig abwarten. Das deutsche Volk fürchtet sich auch vor den schneidigsten Reitergeneralen nicht im geringsten.

Die Hilfe des Staates für die durch das Hochwasser in Mitleidenenschaft gezogene Bevölkerung wird immer dringender. Die Summen, die durch das Zentralkomitee zur Verteilung gelangen, sind gegenüber dem Schaden und der Nothlage, in der sich zahlreiche Gemeinden, ja ganze Landschaften befinden, durchaus ungenügend, kaum vermögen sie die bitterste Entbehrung fernzuhalten, geschweige dauernde Hilfe zu schaffen. Täglich gehen den Zeitungen Klagen zu, die ein ergreifendes Bild des entsetzlichen Jammers darstellen und die Staatshilfe als unaussprechbar hinstellen.

Benennungsworth ist die Zuschrift, die der Landtags-Abgeordnete Reimich auf Reichersdorf im Kreise Guben an ein hiesiges Blatt richtet. Er schreibt:

„Ich kenne wohl im ganzen Kreise Guben die lokalen Verhältnisse am oberen Reiffethale am genauesten. Vom Komitee in Guben bekam ich 2000 M. zur Verteilung. Die Herren wollen mir aber fürs erste nicht mehr geben, da Verhandlungen schweben und bei völliger Erschöpfung des Bestandes die ganze Sache in

Frage steht. Nun habe ich mit diesen 2000 M. angefangen zu vertheilen, und zwar in den ärmsten Dörfern des Reiffethales. Diese sind Schlagdorf, Kerkwitz, Niemitzsch, Sadersdorf und Groß-Galkrose, zusammen mit einem Schaden von 45000 M. Diesen habe ich 1800 M. zusammen mit den geistlichen Herren gezahlt. Nun haben diese dazu noch etwa 600 M. bekommen. In meiner Kasse sind zur Zeit noch 551 M. vorhanden. Damit sehe ich nun einem Schaden von amtlich eingeschätzten 64000 M. in folgenden Orten gegenüber: Mehlen, Strega, Posen, Markersdorf, Griesen und Horno. In die Orte hinzufahren traue ich mich gar nicht mehr, da sonst der kleine Bestand von 550 M. in einem Zuge erschöpft ist. Ich kann jetzt nur an die etwas geben, die zu mir ins Haus kommen und darum bitten. Ach! dieser werden täglich mehr und mehr, und die Hilfe wäre zumeist da, kann aber den armen Leuten nicht zufließen werden.“

Der Magistrat von Krossen schildert die Situation, nachdem er den Schaden der durch die Vernichtung von Wiesen und Aekern entstanden ist, auf 106000 M. veranschlagt, wie folgt: „Wir brauchen nicht besonders zu erwähnen, daß nicht nur die angewendete Arbeit vergeblich war, auch die zweite Bestellung der Sämereien ist wieder vernichtet, so daß es den Leuten am Nöthigsten mangelt, die Wirtschaft zu halten. Vieh muß beim Mangel an Futter verkauft werden. Dabei fehlen nicht nur Saatgetreide und Saatkartoffeln, sondern auch Kartoffeln zur Ernährung der Familie.“

Gegenüber solchen schweren Mißständen versagt die Privat-hilfe und um so dringender wird das Eintreten des Staates, da, wenn die Erhebungen nicht bald zum Abschluß kommen und umständliche bürokratische Formeln das schnelle Eingreifen hemmen, der Ruin zahlreicher sehr gefährdeter Existenzen eintreten muß.

Von Anfang an haben wir auf die Nothwendigkeit des staatlichen Eingreifens hingewiesen, lange Zeit ganz allein. Heute ist es bald nur noch das preussische Staatsministerium, das die Konsequenzen zu ziehen verabsäumt.

Der Abschluß des Friedens soll nach einer Meldung des Herold-Bureaus aus Konstantinopel nun endlich doch erfolgen. Sämtliche Mächte akzeptirten die von der griechischen Regierung vorgeschlagenen Einwahrgarantien für die Kriegsanleihe sowie den Vorschlag Salisburys, daß die vollständige Räumung Thessaliens vier Wochen nach Unterzeichnung des Friedensschlusses erfolgen müsse. Die Vorkämpfer sind von ihren Regierungen um weitgehenden Vollmacht angesetzt bezüglich des Friedensschlusses.

Man wird trotzdem gut thun, erst die thatsächliche Erledigung der Verhandlungen abzuwarten, ehe man den Abschluß des Friedens für gesichert hält; oft genug sind im letzten Augenblick noch von der Pforte oder von anderer Seite neue Schwierigkeiten gemacht worden.

Dschewab-Pascha hat, wie aus Kanea verlautet, bei der Pforte seine Zurückverweisung verlangt.

Deutsches Reich.

— Mit der vielventilirten Frage der Redaktion der Kaiserreden befaßt sich in sehr interessanter Weise die „Voss. Ztg.“ Sie schreibt u. a.:

„Engelne Leser machen uns darauf aufmerksam, daß unsere Berichte über die Würzburger Reden einen Mangel enthalten. Der Prinz-Regent sagt am 1. September, daß gerade heute vor 26 Jahren die bayerische Armee im glorreichen Kampfe für das gemeinsame Vaterland geblutet hat, und Kaiser Wilhelm erwidert mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß das bayerische Corps „au so wie vor 26 Jahren, wenn es Noth thun sollte, allezeit bereit sein wird, für die Herrlichkeit des Reichs einzustehen.“ Genau vor 26 Jahren, also am 1. September 1871, aber herrschte der schöne Friede; am Jahrestage von Sedan gab es glücklicherweise keinen glorreichen Kampf mehr, den Bayerns Armee für des Reiches Herrlichkeit kämpfen mußte. Es muß selbstverständlich heißen: vor 27 Jahren. Aber der offiziöse Draht so gut wie der amtliche „Reichs-Anzeiger“ schreiben beide Male „26“ statt „27“. Gibt es keine Hofbehörde, die im Stande ist, solche Irrthümer, Hör- oder Schreibfehler zu verbessern, ehe die amtlichen Berichte in die Welt gehen? Diese Aufgabe liegt nicht denen ob, die die Berichte empfangen und abdrucken, sondern denen, die sie versenden lassen.“

Ein weiterer Fehler findet sich in dem Bericht über die Nürnberger Rede des Kaisers. Dort heißt es nach dem amtlichen Text, wie ihn auch der „Reichs-Anzeiger“ enthält:

„Von Heinrich VII. wurden mein Vorgänger Friedrich V. und der nachherige deutsche Kaiser Ludwig von Bayern vor Rom zu Nittern geschlagen, und derselbe Vorfall von mir hat als treuer Mann bei Mühlberg gekämpft und Curer königlichen Hoheit großen Vorfahren gebolten, die Krone zu besetzen.“

Die Schlacht bei Mühlberg aber war am 24. April 1547; die Schlacht vom 28. Sept. 1522, in der Burggraf Friedrich den Böhmen in die Platte fiel und den Kampf zu gunsten Ludwigs des Bayern entschied, fand bei Mühlberg statt. Diese meint der Kaiser. Ob es sich um einen Lapsus linguae oder um einen Hör- oder Schreibfehler handelt, jedenfalls wäre es Sache der zuständigen Behörde gewesen, eine Besatz zu verbreiten, die zu keinen Ausstellungen Anlaß giebt. Es muß hinzugefügt werden, daß die Berichte sich häufig auch durch einen Schaden auszeichnen, der nicht weniger als nachahmenswerth ist. Das ist ebenfalls die Schuld der Hofstelle, der die Fassung der Berichte anvertraut ist. Kaiserreden sollen erheben und ergreifen; diese Wirkung ist ohnehin um so schwerer zu erreichen, je häufiger sie gehalten werden. Aber ihrer Wirkung soll nicht obenin durch unrichtige, fehlerhafte Berichte, die amtlich beglaubigt sind, Abbruch gehen werden.

— Der Rücktritt des Unterstaatssekretärs des Reichs-Postamtes, Dr. Fischer, zum 1. Januar nächsten Jahres wird nun endlich auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zugestanden. Vom 10. d. Mts. ab übernimmt der Direktor der 1. Abtheilung Preißch vertretungsweise die Funktionen des Unterstaatssekretärs, während gleichfalls provisorisch der Ober-Postratz Kraetle die Leitung der 1. Abtheilung übernimmt. Der

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonienzettel oder deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Werbetamart 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

„Deutschen Bg.“ zufolge ist auch der Direktor der 2. Abteilung, Dr. v. Schöffer, dieser Tage um seinen Abschied eingekommen.

Herr Fischer war nie unser Mann, wie haben, als er ein mächtiger Chef eines gewaltigen Beamtenheeres war, niemals mit der Kritik seiner Thätigkeit zurückgehalten. Jetzt, wo er in körperlicher und geistiger Vollkraft bei Seite geschoben wird, müssen wir nicht ohne Anerkennen, daß er der erste Fachmann im Postwesen ist, daß Herr v. Boddiekt Jahrzehnte brauchen wird, um Herrn Fischer hier den Rang abzulaufen. Hauptsächlich hat Herr v. Boddiekt wenigstens die sehr wertvollen Schriften und Abhandlungen Fischers in den letzten Wochen studirt.

Herr Fischer hatte in den letzten Jahren sich viel zu wirksam gezeigt gegenüber dem allerersten, initiationslosen Stephan. Das allein kann und das traurige Ende der Fischer'schen Laufbahn als Akt der blinden Gerechtigkeit erscheinen lassen.

— Wegen die Verbesserung der Sonntagruhe im Postpaketdienst hat sich gleich anderen Handelskammern auch die Saarbräcker erklärt. Das ist nicht wunderbar, denn Vorsitzender dieser Kammer ist Freiherr v. Stamm.

— Um das Zustandekommen eines Gesetzes gegen die Kurfischerei, wie es von der Staatsregierung geplant ist, zu verhindern, wird jetzt von den Anhängern der Naturheilkunde eine sehr lebhafte Agitation betrieben. Bekanntlich hat die Gemaltheit der Ständevereine der Ärzte von ganz Preußen seitens an den Kultusminister Hoffe ein Gesuch um Erlass eines Kurfischereiverbotes gerichtet und die Ausübung der unbeschränkten Ausübung der ärztlichen Praxis seitens nichtapprobierter Ärzte wie sonstiger Naturheilkundigen beantragt. Der Minister hat infolgedessen eine allgemeine Umfrage veranstaltet, und in Verfolg derselben ist denn seitens des Reiches eine Kommission von Medizinern eingesetzt worden, die unter dem Vorsitz des Ministerial-Direktors von Bartsch die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes gegen die Kurfischerei vornehmen soll. Dieser Gesetzentwurf ist jetzt schon im Reichstage vorgelesen worden. Damit nun der letztere diesen Entwurf nicht zum Gesetz erhebt, verfenket jetzt der Deutsche Bund der Vereine für Gesundheitspflege und für ärztliche Heilweise in Gemeinschaft mit dem „Deutschen Naturheilverein“ an die Anhänger der Naturheilkunde in den sämtlichen Reichstagswahlkreisen Deutschlands ein Rundschreiben mit dem Ersuchen, die Vertreter der Wahlkreise im Reichstage aufzufordern, sich dort gegen das Gesetz zu erklären. Dieser Weg wird seitens der Naturheilvereine daher eingeschlagen, weil die bisher an den Reichstag und das Abgeordnetenhaus gerichteten Petitionen stets ohne Erfolg geblieben sind. Das für die Abgeordneten bestimmte Gesuch, für welches gegenwärtig in allen Wahlkreisen Unterschriften gesammelt werden, hat folgenden bemerkenswerten Wortlaut:

„Die unterzeichneten Wähler Ihres Wahlkreises richten an Sie als Vertreter desselben im Reichstage, die ergebens Bitte, Sie in einer Sache, welche ihr persönliches Wohl und ihre persönliche Freiheit betrifft, energisch zu vertreten. Sie sind sämtlich Anhänger der freien Heilkunde (Naturheilkunde, Kneipp'sche Heilmethode, Homöopathie etc.) und würden sich im Erkrankungsfall nur nach den Grundsätzen dieser Heilmethode behandeln lassen. Die Gegner derselben arbeiten gegenwärtig darauf hin, eine Einschränkung oder ein gänzlich Verbot der Kurfreiheit (d. h. der Krankenbehandlung der Nichtärzte) durchzuführen. Daneben soll aber auch ein „Kurfischerei-Verbot“ erlassen werden. Letztere Maßnahme neben der ersten kann doch nur den Sinn haben, in Zukunft auch gegen alle approbierten Ärzte vorgehen zu können, die sich berufen fühlen, in ihrem therapeutischen Handeln andere Grundsätze zu befolgen, als von der orthodoxen Medizin aufgestellt worden sind. Dies wäre das rechte Kurfischerei-Verbot und der Untergrund der Freiheit der Forschung in der Medizin. Die Unterzeichneten richten daher die ergebens Bitte an Sie, in der Debatte und in der Abstimmung gegen dieses Ansuchen zu protestieren; denn wir sind der Ueberzeugung, daß durch Aufhebung der Kurfreiheit und das Verbot der sogenannten Kurfischerei die ganze Naturheilbewegung, Kneipp'sche Heilmethode und Homöopathie, die schon sozial Segen gestiftet haben, zu grunde geht.“

— Das kaiserliche Statistische Amt blickt nunmehr auf eine 25jährige Thätigkeit zurück. Zu dem ersten erschienenen Band 101 der Statistik des Deutschen Reiches wird die Entstehung und die Thätigkeit des Statistischen Amtes während der abgelaufenen 25 Jahre geschildert. Wie sehr mit den nahezu von Jahr zu Jahr sich vermehrenden Aufgaben der Leitung des Amtes gewachsen ist, ergibt sich daraus, daß sein Etat, der für das Jahr 1872 auf nur 95 000 M. festgesetzt war, im Jahre 1890/91 284 000 M. betragen hat und 1897/98 auf 324 000 M. veranschlagt ist, in welche Summe die Aufwendungen für besondere einmalige Erhebungen nicht eingerechnet sind, so z. B. für die Vornahme und Gewerbestatistik des Jahres 1895, deren Bearbeitung jetzt noch im Gange ist. Das Personal des Amtes besteht zur Zeit aus 1 Direktor, 6 Mitgliedern, 2 Bureauvorstehern, 57 expedirenden Sekretären, 113 Sekretären, 20 Kanzleisekretären, 11 Unterbeamten, 104 Diakonen und Hilfsarbeitern, sowie etwa 20 jungen Beamten, die von der Steuerverwaltung zeitweilig abernommen werden. Die Amtsbibliothek, die leider nicht öffentlich ist und vorwiegend den amtlichen Bedürfnissen dient, verfügt zur Zeit über 32 000 Bände und 450 Kartenwerke.

— Die Konservativen befinden sich in arger Noth. Diese wird von der nationalliberalen „Magdeb. Zeitung“

folgendermaßen geschildert: „Von allen Seiten dringt man auf sie ein; die Konservativen brechen in alle Wahlkreise ein, um ihren Wählern die Erde im Reichstage freitrag zu machen, und der Bund der Landwirthe verfährt in so diktatorischer Weise, als ob die Konservativen nur von seiner Gnade abhängig seien. In jüngerer Zeit ist nun noch das harte Urtheil des Fürsten Bismarck dazu gekommen, daß ihre Lage noch zu verschlechtern droht. So wird die konservative Partei als eine jagdbare Beute betrachtet und zwar hauptsächlich von Leuten, die in den meisten Punkten jedenfalls deren politische Ueberzeugungen theilen. Als erster, der sein Stück von der Beute erlangen möchte, meldet sich der ehemalige Hofprediger Stäcker, der nicht Geringeres beabsichtigt, als die neue Partei der Zukunft zu bilden, nach der, wie er in seinem „Voll“ sagt, so viele aussehen sollen.“

Das hauptstädtische Organ des Bundes der Landwirthe versichert, daß der viel bemerkte Artikel mit der Ueberschrift „Die Partei der Zukunft“, den es gestern Abend veröffentlichte, mit den Auslassungen des Fürsten Bismarck über die Konservativen in keinem Zusammenhang stehe. Der Artikel sei dem Blatt schon vor geraumer Zeit vom Grafen Schwerin-Schwering überreicht worden, viel früher, als die Neuierungen des Fürsten Bismarck bekannt geworden seien. Dann muß es freilich um so mehr auffallen, daß gerade dieses Blatt jetzt die Veröffentlichung gewöhnt worden ist. Denn auch die Zeitung des Blattes wird sich nicht haben verhehlen können, daß die Möglichkeit, den Artikel mit den Auslassungen des Fürsten Bismarck in Zusammenhang zu bringen, zum mindesten sehr nahe lag.

— Durch den Tod des deutschkonservativen Abgeordneten Grafen von Holslein ist der neunste schleswig'sche Wahlkreis (Odenburg in Holstein mit St. Segeberg) erledigt. Dieser Kreis ist bekanntlich der einzige der 10 schleswig'schen Wahlkreise, der konservativ vertreten ist. Graf v. Holslein wurde mit 2291 gegen 8989 freisinnigvolksparteiliche und 8250 sozialdemokratische Stimmen im ersten Wahlgange gewählt.

— Der Reichstags-Abgeordnete für Landsberg-Soldin, Justizrath Schröder, will sich nicht wieder zur Wahl stellen. Die Liberalen der freisinnigen Vereinigung wollen an seine Stelle den früheren Reichstags-Abgeordneten, Eisenbahn-Direktor a. D. Karl Schrader in Berlin anstellen.

— Einen neuen Einbruch in konservativen Besitzstand planen die Antisemiten im Erfurter Wahlkreis. Weil der Abgeordnete Jacobskötter, obwohl er durch die Unterdrückung der „reinen“ Antisemiten gewählt worden ist, es ausdrücklich abgelehnt hat, fraktionslos zu bleiben oder sich der antisemitischen Fraktion anzuschließen, haben die Thüringer Antisemiten für die nächste Reichstagswahl die Aufstellung eines besonderen Kandidaten im Wahlkreise Efurt beschloffen.

— Unter den bürgerlichen Weltfriedens-Aposteln giebt es sonderbare Heilige. Da beschwert sich der Franzose Felix Bogage, ein Hauptvertreter in diesem Fache, daß der deutsche Vorkämpfer auf dem letzten Kongreß in Hamburg, Dr. Richter, den Vorschlag, ein Begrüßungstelegramm an den deutschen Kaiser zu senden, zurückgewiesen habe. Herr Richter scheint diese „Rückgeweisung“ sehr unangenehm zu sein, er hat eine ausweichende Verteidigung versucht.

Sonderbare Friedensschwärmer sind das jedenfalls, die an Härten, welche durch die Betreibung militärischer Rüstungen den Frieden zu fördern glauben, Begrüßungstelegramme senden wollen oder, wenn sie sich wirklich zur Verweigerung dieses seltsamen Verlangens aufschwingen, sich mühsam zu entschuldigen versuchen.

— Einen Beitrag zur Behandlung von Redakteuren im Gefängnis kann auch unser Genosse Gladewig liefern, der am 4. September die Mauern des Zwickauer Landesgefängnisses nach einer achtmonatigen Strafzeit verlassen hat. Gleich bei seinem Eintreffen wurde ihm vom Direktor mitgeteilt, daß er wegen seiner mehrfachen Verbrechen als Redakteur in keiner Weise wieder eine Vergünstigung erhalten würde, und dabei blieb es auch. Er wurde der dritten, niedrigsten Disziplinarklasse eingereiht und sein Antrag auf Befreiung in die zweite Klasse und die Erlaubnis zum Abonnement auf das in Zwickau erscheinende „Ländblatt“, welchen er nach Verbüßung der Hälfte seiner Strafe stellte, wurde rundweg abgeschlagen. Beschäftigt wurde Gladewig anfangs mit Wollspinnerei und später mit Nebenarbeiten für Schuhmacher; als Letztere verließ im einzig an den Sonntagen die Benutzung der Gefängnisbibliothek und das fromme, im Missionstil geschriebene „Berliner Sonntagblatt“, was der großen Mehrzahl der Gefangenen Sonntag für 1-2 Stunden überlassen wird. Hauptnahrung und Bart wurden dem gefangenen Redakteur abgeschoren und die häßliche Gefängnisbekleidung wurde ihm angezogen.

Treßden, 8. September. (Sig. Ver.) Zu den Landtagswahlen. Im 16. ländlichen Wahlkreise (Planenscher Grund) ist jetzt als „Ordnungs-Landtags-antidemokratischer Kandidat“ der Gemeindevorstand Rudelt aus Teuden proklamirt worden. Außerdem haben die Konservativen noch den bisherigen Vertreter des Kreises, den Rittergutsbesitzer Andriß in petto. Herr Rudelt ist als Nachbar der berüchtigten 422 Petition bekannt und gilt als unbedingter Anhänger sächsischer Regierungskunst.

Die Agitation auf den Landtagswahlen wird jetzt von sozialdemokratischer Seite aufs Lebhafteste betrieben. Nach der beendeten Agitationstour des Genossen Geper ist jetzt Genosse Pufan-Beipzig auf einer solchen begonnen und finden fast jeden Tag Versammlungen im ganzen sächsischen Agitationsbezirk statt. Die Aufstellung der Kandidaten ist nunmehr für alle in betracht kommenden Wahlkreise

vollständig erledigt. Leider geht die Aufstellung von Wahlmännern nicht so glatt von statten. Man hat in dieser Richtung sogar in einigen städtischen Wahlkreisen mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Information über das neue Wahlgesetz läßt theilweise noch sehr zu wünschen übrig. Von den Gegnern hört man bis jetzt in bezug auf Versammlungen noch nichts. Dort hat man mit der Vermirung von Kandidaten noch vollauf zu thun.

Von der sächsisch-böhmischen Grenze wird uns gefachelt, daß das bekannte Friedensmanifest unserer böhmischen Parteigenossen auch in den sächsischen Grenzbezirken unter den tschechischen Arbeitern verbreitet wurde.

— Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar ergaben bisher die Wahl von zwei Sozialdemokraten, drei Freisinnigen und einem Nationalliberalen. Die Wählerlisten sollen in einem ganz desolaten Zustande gewesen sein. In Weimar fehlte selbst ein leibhaftiger Minister in der Liste.

— Grober Unfug. Eine weitere Anwendung hat der große Unfug-Paragraph vom Schöffengericht in Gotha dadurch erhalten, daß ähnlich wie es schon bei anderen Verbrechen geschah, auch der Drucker und Verleger zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit gezogen wurde. Reichstags-Abgeordneter Bock in Gotha hatte in seiner Druckerei ein Flugblatt hergestellt, in dem die Sozialfrage behandelt wurde. Das Schöffengericht in Gotha erließ in dem Inhalt des Flugblattes, das angeblich zum Boykott anforderte, einen großen Unfug und verurtheilte den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe. Ob die Berufungsinstanz das Urtheil bestätigen wird, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls ist dieses Urtheil wieder eine sehr lächerliche Auslegung des großen Unfug-Paragraphen und seine Anwendung kann danach immer mehr ins Erdlose ausarten. Wie weit sich die moderne Rechtsprechung von dem eigentlichen Sinn des Paragraphen noch abzuwenden wird und welcher Auslegung er noch fähig sein wird, das vermag niemand zu ermessen, Grobes ist und gewiß noch auf diesem Gebiet beschieden.

— Die bayerischen Jüngler haben wieder einmal einen sogenannten „Handwerkerstag“ in Neumarkt (Oberpfalz) abgehalten. Der Vorsitzende Obermeister Nagler-München betonte, daß sich die Handwerker, speziell die bayerischen, nicht in das Schlepptau irgend einer politischen Partei nehmen lassen würden. Kamentlich würden sie sich nicht in den Dienst des Zentrums begeben, das bei manchen Fragen die Fäulung mit dem Handwerk verloren habe. Der Handwerkerstag sprach sich für eine „energische Durchsägung“ des neuen Handwerksorganisations-Gesetzes aus ungeachtet der verschiedenen Mängel desselben. Er empfahl den Innungen, an die Errichtung von Fachschulen heranzutreten.

Das arme bayerische Zentrum! Jetzt läubigen ihm selbst die Innungsmeister die Freundschaft! Ah! die viele Liebekind ganz umsonst.

— Die württembergische Regierung scheint nun dem Druck der badischen und preussischen Regierungen nachgegeben zu haben, indem sie durch eine generelle Verfügung des Finanzministeriums die Abhaltung von politischen Versammlungen und Parteifreien auf der Grotzau Höhen nicht mehr gestattet. Bekanntlich haben dort große sozialdemokratische Versammlungen unter starker Beilegung der ländlichen Bevölkerung in letzter Zeit stattgefunden. Der erste, den das Verbot trifft, ist der volksparteiliche Abgeordnete Conrad Hausmann.

— Für den badischen Landtag wird der Präsident des Reichstages, Herr v. Suol, nicht mehr kandidiren.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der dreizehn Mal vorbestrafte, in Heimbunn bedienstete 66jährige Knecht Georg Pfleger wurde wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt. Die Neuerung war in einem Wirthshausgespräch gefallen.

In Würzburg ist noch eine zweite Frau wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen worden.

— Der auf Neu-Guinea ermordete deutsche Vertreter der stellvertretende Landeshauptmann v. Hagen. Ohne nähere Angaben lautet die über Kuma, vermutlich durch ein französisches Kriegsschiff übermittelte telegraphische Nachricht dahin, daß derselbe am 14. August durch die Eingeborenen erschossen worden ist.

Oesterreich.

— Die Einberufung des Reichsraths wird für den 18. d. M. erwartet.

Prag, 8. September. (Magdeb. Zeitung.) Der Statthalter von Böhmen richtete an die Bezirkshauptmannschaften ein Rundschreiben, in dem auf die häufigen Ausschreitungen in Gastwirthschaften hingewiesen wird, die dadurch entstehen, daß die Gäste oder die Wirthse nicht dulden wollen, daß in den Wirthschaften eine andere als die Landesprache gebraucht werde. Diese „krankhafte nationale Unverträglichkeit“ dürste nicht gebuldet werden; die Wirthse seien verpflichtet, ihre Lokale allen Gästen zugänglich zu machen. — In Liebenau bei Goblitz brannte das tschechische Klubhaus, in dem die dortige tschechische Sparrasse untergebracht ist. Den deutschen Feuerwehren gelang es durch unverbrochene Arbeit, einen Theil des Gebäudes zu retten. Trotzdem behaupten die Tschechen, Deutsche hätten das Klubhaus angezündet; diese unwahre Behauptung ruft große Entrüstung hervor.

Schweiz.

Bern, 6. September. (Sig. Ver.) Am 16. September tritt hier die Bundesversammlung zu Herbstsitzung zusammen, in der, wie im Juni, die Eisenbahnverstaatlichung und die Kranken- und

Karl Marx' Buch über die orientalische Frage.

The eastern question. A reprint of letters written 1853-56, dealing with the events of the Crimean war. London 1897. Swan Sonnenschein, 636 S. 8.

Sobald geht und diese sehr interessante Publikation aus dem Nachlasse von Karl Marx zu. Herr und Frau Kuehling, der Schwiegerjohn und die Tochter von Marx, haben die Artikel und Zeitungskorrespondenzen, in denen Marx die orientalische Frage der fünfziger Jahre, insbesondere die Ereignisse, welche zum Krimkrieg führten, und den Krieg selbst, behandelt, aus dem amerikanischen Blatt, an dem Marx neun Jahre als Mitarbeiter thätig war, der „New York Tribune“ zusammengestellt. Es ist dasselbe Blatt, in welchem auch die von Kautsky neuerdings übersehen Marx'schen Artikel: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ ursprünglich erschienen waren. Wir dürfen hoffen, daß auch dieses neue Buch, wiewohl der Leserkreis, an den es sich wendet, notwendiger ein viel beschränkterer ist, ins Deutsche übertragen werden wird. Für den Historiker, der die orientalische Frage in ihrer Entwicklung zurückverfolgen will, ebenso wie für alle, die Marx als ökonomischen Theoretiker, als Sozialist und Geschichts-Philosophen kennen und bewundern, bieten die sechsundhalbhundert Druckseiten der englischen Sammlung, so viel sich auf den ersten Blick erkennen läßt, eine reiche Fülle wertvoller Materials. Das Bild des Mannes wird durch diese historischen Dokumente in höchst charakteristischer Weise ergänzt. Marx als Politiker, der die internationalen, kriegerischen Entwicklungen, die so fern abliegen von den proletarisch-sozialistischen Ideen, mit größtem Eifer in allen ihren Einzelheiten verfolgte, mit tiefbührender Gründlichkeit zu analysiren versuchte — das ist eine merkwürdige, mit den landläufigen Vorstellungen über Marx nicht recht zusammenstimmende Erscheinung, ein Zeugniß für die wunderbare Vielseitigkeit, für den sprudelnden Kraftüberschuh dieses unvergleichlichen Geistes, der den allgemeinen Tendenzen der Gesellschaft und

den täglichen Besonderheiten des politisch-sozialen Lebens gleichmäßig mit rastlosem Eifer nachzuspüren vermochte.

Der entscheidende, in der sozialistischen und demokratisch-revolutionären Gesamtanschauung begründete Standpunkt, von dem Marx die orientalischen Bewandlungen betrachtet, ist seine Gegnerschaft zu Rußland, als den Hort der europäischen Reaktion. Rußland, sagt er in einem der einleitenden Artikel, ist ausgeprobenemassen ein Erobererstaat und behält sich als ein solcher ein Jahrhundert hindurch, bis die große Bewegung von 1789 eine sichtbare Kraft dagegen in die Schwanken rief. Wir meinen die europäische Revolution, die Explosivkraft der demokratischen Ideen und des eingeborenen Freiheitsdranges. Seit jener Zeit gab es in Wahrheit nur zwei Mächte auf dem europäischen Kontinent — Rußland und den Absolutismus auf der einen, die Revolution und Demokratie auf der andern Seite. Im Augenblicke scheint die Revolution überwunden, aber sie lebt und ist mehr denn je gefährdet. — Aber läßt Rußland von der Türkei Besitz ergreifen und seine Stärke erhöht sich fast um die Hälfte, so gewinnt die Uebermacht über das gesammte andere Europa. Ein solches Ereigniß wäre ein unermeßliches Unglück für die revolutionäre Sache.

Aber die Gegnerschaft gegen Rußland macht Marx noch keineswegs zum Freund und Anhänger der türkischen Regierung. In den Augen der europäischen Diplomatie und selbst der europäischen Presse, löst sich — nach Marx — die ganze orientalische Frage in das Dilemma auf: entweder die Russen in Konstantinopel oder die Aufrechterhaltung des status quo (der türkischen Macht). Das noch etwas Drittes möglich, fällt ihnen niemals bei. Die „Times“ vertreten den ersten, die liberalen „Daily News“ mit ihrer kritiklosen Türkeibegeisterung den zweiten Standpunkt. Den Schlüssel für diese merkwürdige Türkeiwärmerei finde man in den Werken des bekannten David Urquhart, die bei allem Werth des beigebrachten Materials auf folgende drei Paradoxe hinauslaufen: „Wäre Herr Urquhart nicht britischer Unterthan, so würde er entschieden ein Türke sein, wäre er nicht protestantischer Kolonist, so würde er keiner anderen Religion als der des Islam angehören; und drittens, England und die Türkei sind die einzigen beiden Länder der Welt, die Selbstverwaltung und bürgerliche wie religiöse Freiheit genießen.“ Dieser Urquhart sei folgermaßen die große Orient-Autorität der englischen Liberalen geworden.

Mit aller Macht wendet sich Marx dann gegen das einzige noch halbwegs beachtenswerthe Argument, daß der Aufschwung des orientalischen Handels für die Lebensfähigkeit der Türkei zeuge. Nicht die Türken seien die Träger des Handels. „Man nehme alle Türken aus Europa weg, und der Handelsverkehr wird darum doch nicht leiden. Und was den Fortschritt in der allgemeinen Zivilisation betrifft, wer wirkt denn für ihn in allen Theilen der europäischen Türkei? Nicht die Türken, denn ihrer sind wenige und sie wohnen zerstreut. ... Es ist der griechische und slavische Mittelstand in Städten und Handelsplätzen, welcher die wirkliche Stütze der in das Land importirten Zivilisation abgiebt. Dieser Theil der Bevölkerung nimmt stetig an Wohlstand und Einfluß zu, und die Türken werden mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Gätten diese nicht das Monopol der bürgerlichen und militärischen Gewalt, so würden sie bald verschwinden. Aber dieses Monopol ist für die Zukunft unmöglich geworden und ihre Macht ist Ohnmacht in allem, außer in den Demnüssen, die sie dem Fortschritt in den Weg legen. Thatsache ist, sie müssen aus dem Wege geräumt werden. Behaupten, daß sei unmöglich, ohne die Russen oder Oesterreicher an Stelle der Türken zu setzen, heißt behaupten, daß die gegenwärtige politische Lage Europas ewig dauern wird. Wer aber wird das behaupten wollen?“

Was Marx vertritt, ist also nicht die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des türkischen Besitzthums als Vollmacht gegen die russische Macht; vielmehr nur die Unabhängigkeit der Türkei von Rußland und im Falle einer möglichen Auflösung des türkischen Reiches die Fernhaltung der russischen Annektionsgelüste. Das ist die Basis, auf der die wirkliche Entwicklung seitdem weiter fortgeschritten ist: zunehmender Verfall des türkischen Reiches und wachsende politische Selbstständigkeit seiner ehemaligen politischen Glieder. Wie Marx die neuesten Ereignisse, insbesondere die Emanzipationsbestrebungen der Kretenser beurtheilt haben würde, kann nach dem allgemeinen Standpunkt, den er hier hervorhebt, kaum noch zweifelhaft erscheinen.

Unfallversicherung die meiste Zeit beanspruchen werden. Von den 45 auf dem Geschäftsverzeichnis stehenden Verhandlungsgegenständen sind noch zu erwähnen die Vorlagen betr. die Rechtsreinheit, Luftschifferabteilung, Ruhetage der Grenz- und Zollwächter, Lohn- und Anstellungsverhältnisse der eidgenössischen Arbeiter, Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, internationaler Arbeiterschutz etc.

In den „Böser Nacht.“ wird der Gedanke best. Errichtung eines internationalen Zollamtes erörtert. Dasselbe sollte seine Sitz in Bern mit einem Deutschen als Direktor erhalten. Seine Aufgaben wären: schiedsrichterliche Erledigung internationaler Zollstreitigkeiten, wobei der Schiedsrichter inapabel wäre; Bekämpfung von Experten für die verschiedenen Branchen aus verschiedenen Ländern behufs Klassifikation von Waaren; Ausstellung von Normen für die Zolltarife und von Normen zur Bekämpfung für die verschiedenen Staaten. In der Begründung des beachtenswerthen Vorschlags heißt es unter anderem: „Heutzutage dürfte sich wohl schwerlich ein Kaufmann oder sonst mit dem Verkehre in Verbindung stehender finden lassen, der einem internationalen Zollamte die Berechtigung absprenchen würde; es können sich höchstens Bedenken geltend machen in anbetragt der zu überwindenden Schwierigkeiten. Sollten diese aber wirklich nicht zu überwinden sein? Wir sind gewohnt, mit Stolz auf die Errungenschaften des Menschengeistes in diesem Jahrhundert zurückzublicken und vergessen ganz, wie viel Titanenarbeit noch unser hart! Wenn wir für ein internationales Amt in Zollangelegenheiten eine Lanze brechen, so geschieht es deshalb, weil ein solches schon längst als Bedürfnis empfunden wurde und kommen muß.“ Auch die Anregung wird noch gemacht, in den internationalen Jagen die Zollrevision während der Fahrt vorzunehmen, um den Aufenthalt auf den Bahnhöfen möglichst zu kürzen. Diese Anregungen verdienen gewiß ernste Beachtung.

Büsch, 6. September. (Fig. Ver.) Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben voriges Jahr bei dem großen Truppenzugehörigkeit das Schlachtvieh geliefert, wobei alle Beteiligten befriedigt wurden. In den gegenwärtig in den Kantonen Argow, Solothurn und Baselstadt stattfindenden Truppenmanövern, wobei wieder ca. 28 000 Mann zusammenkommen, liefern die 250 Stück Schlachtvieh inländischer Provenienz zwei Händler resp. Mehaer, denen die Lieferung übertragen wurde, weil sie billigere Preise stellen, als die Produzenten selbst. Sie verlangen für das Külo Ochsenfleisch 1,52 Fr. und Kuhfleisch 1,30 Fr., während die Genossenschaften 1,58 resp. 1,45 Fr. verlangten. Die Agrarier sind sehr unzufrieden darüber, daß nicht ihnen die Viehlieferung übertragen wurde, allein die Militärverwaltung erspart dabei 9000 Fr.

Frankreich.

Paris, 7. September. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit begannen heute in der Panama-Angelegenheit die Verhandlungen vor der Anklagekammer, mit welcher ausnahmsweise eine Kammer des Justizpolizeigerichts verbunden worden ist. Bekanntlich beantragte der Untersuchungsrichter de Politevin, vor das Schwurgericht die folgenden zu verweisen: Maquet (welcher fällig ist), Henry Maret, Antide Boyer, Vaillant, Plantéou, Richard, Saint-Martin, Rigaud, Gaillard und — Arton. Von diesen hat sich Camille Richard, ehemaliger Deputierter des Vauclose-Departements, kürzlich selbst getödtet. Die Sitzung des heutigen Nachmittags wird ausschließlich dem Referat und den Anträgen des Generaladvokaten Blondel gewidmet sein.

Die Brotsteuerung. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Lurzel, hatte vor einigen Tagen an die großen Eisenbahngesellschaften das Erfuchen gerichtet, angesichts der hohen Getreidepreise eine zeitweilige Ermäßigung der Tarife für die Beförderung des Getreides einzutreten zu lassen. Dieser Aufforderung ist zuerst die Gesellschaft der Staatsbahnen nachgegeben, indem sie mit Gültigkeit vom 4. September ab neue Tarife für den Transport von Getreide, Hafer, Mehl und Kartoffeln aufstellte. Nachstehend stellen wir die neuen Sätze den alten gegenüber:

Bei einer Entfernung von	Preis per Tonne:	
	früher	jetzt
350 Kilometern	10,90	10,50
400 „	12,40	10,90
450 „	13,90	11,65
500 „	15,40	12,40
550 „	16,90	13,15
600 „	18,40	13,90

Nach den letzten im Klerbauministerium eingelaufenen Nachrichten wird der Ausfall bei der diesjährigen Getreidernte in Frankreich noch viel bedeutender sein, als bisher angenommen worden ist. — Im Zentralkomitee macht Henri Rochereu folgenden Vorschlag, um der Brotsteuerung zu steuern: Wir haben in Frankreich eine große Anzahl stillstehender Militärkaserne. Warum sollten diese nicht zum Wachen von Brot für die steuerverpflichtigten ausgenutzt werden, da sie ja doch mit dem Geld dieser errichtet worden sind. Warum sollten die Soldaten selbst nicht als Bäcker verwendet werden? Dies entspräche der Logik, da Felix France zufolge der Weltfriede gesichert ist. Mögen die Soldaten in Zukunft dazu benutzt werden, die Pariser Bevölkerung zu ernähren, statt sie, wie es 1871 geschehen ist, niederzulauern.

England.

Die Organisation der Konservativen. Der große konservative Verein, die „Primrose-Liga“, zählte alles in allem, Herren und Damen, gegenwärtig 1 392 772 Mitglieder. Monatlich sind im letzten Jahre 4—5000 neue Mitglieder aufgenommen worden.

Da in den englischen Arbeiterorganisationen das Bestreben, selbständige Politik zu treiben, immer mehr zunimmt, haben die Liberalen und Radikalen der „Primrose-Liga“ nichts an die Seite zu setzen.

Spanien.

Madrid, 8. September. Ueber die Gründe, welche zur Verlegung des über Sempun Barril verhängten Strafurtheils an den Obersten Kriegsrath führten, wird nunmehr bekannt, daß, da der Gerichtshof, abweichend von dem Antrage des öffentlichen Anklägers, welcher auf 40 Jahre Zwangsarbeit lautete, auf Todesstrafe erkannt hatte, der Generalkapitän, welchem das Urtheil zur Prüfung unterbreitet wurde, es nicht für angängig erachtete, eine Strafverschärfung über das von der Anklage beantragte Maß hinaus eintreten zu lassen und daher seinerseits die Verlegung der Prozeduren zur endgültigen Entscheidung an den Obersten Kriegsrath verlegte.

Russen.

Aus Indien liegen einige Meldungen über die Grenzvorgänge in den ersten Tagen des Septembers vor. In der Nacht des 1. September wurde der Posten Kallischel im Kurram-Thal von 1500 Feinden angegriffen. Nach fünfminütigem Kampfe erhielt die Garnison Verwundungen, worauf sich der Feind zurückzog. Auf britischer Seite fiel ein Mann, und zwei wurden verwundet. Am 4. September wurde aus Parachinar gemeldet: 5000 Afridis und Masagais stehen Dabda gegenüber und wollen in das Kurram-Thal ziehen. Sie warten nur noch auf Jukage von den Chinitanis und Affghanis. Aus Nangra wurde am selben Tage telegraphirt: Fort Laska steht in Flammen. Es steht noch nicht fest, ob der Ort eingeschlagen hat oder ob es angezündet worden ist. Im Peshawar machte sich am 8. September einige Verwundungen bemerkbar. Die Afridis scheinen nach dem Kaibar-Paß zurückzuziehen. Am 4. heißt es, daß die Afridis die Grenze von Peshawar angreifen wollen. Unter den Anhängern des Anajah von Dabda sind Streitigkeiten ausgebrochen. Der Anajah hat sich deshalb nach Rawagai begeben. Das Gerücht geht, daß der Emir dem Anajah verboten hat, britische Truppen anzugreifen. In Jamrud sind vierzig Mann von der Besatzung von Kundikotal, alles Kaibar-Schützen, eingetroffen, die sich nach der Aufgabe des Forts durchgeschlagen haben. Ueber die Truppenbewegungen wird gemeldet: General Gled wird von Schabdabar aus in das Nohmand-Land vorrücken und mit den zwei Brigaden des Generals Sir Bindon Blood zusammen oprieren, die von Schabdabar aus marschiren. General Woodhouse ist am 5. September mit einem

Theil der dritten Brigade an den Pandschora gelangt und hat die Brücke besetzt. Der Rest der Brigade steht in Ueb. — Die Dörfer in der Gegend von Ueb haben schon 20 000 Rupien Ruße gezahlt.

Afrika.

Das Seeräuberwesen im Mittelmeere. Wie der „Int. Corr.“ aus Madrid geschrieben wird, sieht man in den spanischen Regierungskreisen ein Einschreiten gegen das überhandnehmende Treiben der marokkanischen Seeräuber als dringend notwendig an. Auch unter den Mahomedanern des nordwestlichen Afrika mocht sich infolge der thessalischen Siege eine starke Angriffsstimmung bemerkbar, die noch dazu durch größere Waffenlieferungen von unbekannter Seite erhöht worden ist. Besonders der Kabylenstamm von Bocoya in dem Küstengebiet von Gomaera befehligt gegenwärtig mehrere tausend trefflich ausgerüsteter Piraten, deren Schiffe sich bis in die Nähe der spanischen Küste, ja sogar bis an die Balearen wagen. Im Laufe eines Monats haben die Kabylen vier größere Segelschiffe und einen Dampfer erbeutet, welche durchaus nicht in Marokko zu thun hatten, sondern die mittlere Seestraße des Mitteländischen Meeres befahren. Ihrer Nationalität nach gehörten diese fünf Schiffe zu Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, woraus hervorgeht, daß die Piraten vor keiner Flagge (mit einziger Ausnahme der englischen) Achtung hegen. In Madrid ist man daher der Meinung, daß angesichts der vollständigen Unthätigkeit und Machtlosigkeit der marokkanischen Regierung eine gemeinsame Strafexpedition gegen den Bocoya-Stamm vorzunehmen und ein ständiger Überwachungsdiens an der Küste einzurichten sei. Allerdings möchte man hierzu nur die zunächst beteiligten Staaten: Spanien, Italien und Frankreich heranziehen, während eine Antheilnahme Englands schon deshalb nicht gewünscht wird, weil gerade zwischen Gibraltar und der Küste ein sehr lebhafter und ziemlich verdächtiger Verkehr vorherrscht.

Die Vorbereitungen zum Sudanfeldzug schreiten fort. Besonders wird der Bau der strategischen Eisenbahnlinie von Wadi-Galfa nach Abu Hammed durch die Nubische Wüste eifrig gefördert. Die Gesamtlänge dieser Eisenbahnlinie wird ungefähr 200 englische Meilen betragen, von denen 143 bereits fertig gestellt sind. Ende Oktober hofft man mit dem Bau der ganzen Linie fertig zu sein. Der Werth derselben ist ein außerordentlich großer. Aus dem noch jetzt gebräuchlichen Wege braucht man wenigstens 15 Tage, um von Wadi-Galfa am Ufer des Nil entlang, der hier einen großen Bogen nach Westen und Süden macht, über Kerma, Dongola und Weraut nach Abu Hammed zu gelangen, während es nach Fertigstellung der nubischen Eisenbahn möglich sein wird, die Entfernung in 12 bis 15 Stunden zurückzulegen. Da Abu Hammed die Basis der ferneren Operationen bildet, ist diese Zeitersparnis von großer Wichtigkeit.

Amerika.

Die Bimetallisten der Vereinigten Staaten haben in 22 Staaten eine lärmige Propaganda gegen die Politik Mac Kinley's unternommen. In dem Manifest an die amerikanischen Wähler verurtheilen sie die Goldwährungs-Politik und die Schuttpolitik Mac Kinley's und bekünden die Ueberzeugung aus, daß Ergänz im Jahre 1900 zum Präsidenten gewählt werde.

So früh die Beauftragten der Silber-Vergewerkbeter von Nevada auch mit ihrer Agitation beginnen, so ausführlich dürfte sie mit Rücksicht auf die Entwicklung der Währungsfrage sein.

Das amerikanische Schatzamt und der neueste Silberkurs. Durch das neuerliche Fallen der Silberpreise werden die republikanischen Hochadler der Vereinigten Staaten jedenfalls noch gegennagert werden, sich mit der Währungsfrage zu beschäftigen. Die Bundesregierung hat nämlich auf Grund des Bland-Allison-Gesetzes vom Jahre 1878 und auf Grund des Sherman-Gesetzes vom Jahre 1890 nach und nach 459 948 711 Unzen Silber angekauft, wofür sie 484 210 292 Dollars bezahlte. Nach dem heutigen Marktpreise ist aber dieses Silber nur noch 242 622 084 Dollars werth, so daß die Regierung augenscheinlich einen Verlust von 221 588 178 Dollars erleiden würde, wenn sie ihr Silber verkaufen wollte. Thatsächlich würde der Verlust aber noch größer sein, weil der Preis noch mehr fallen dürfte, wenn plötzlich so viel Silber auf den Markt geworfen würde, und sollte die Unze Silber gar auf 25 Cents heruntergehen, was von Sachverständigen als wahrscheinlich bezichtigt wird, so würde sich der Unterschied zwischen dem von der Regierung gezahlten Preise und dem Werthe des von ihr erworbenen Silbers auf nahezu 350 Millionen Dollars belaufen, der Metallwerth der angekauften Silberdollars betrüge kaum mehr 22 Cents. An und für sich mag ja wenig auf den Metallwerth des Silberdollars ankommen, solange das Vertrauen da ist, daß die amerikanische Regierung jeden Silberdollar auf Verlangen gegen einen Golddollar einlösen kann oder wird. Sollte aber der Goldbestand der Bundeskasse wieder einmal derartig vermindert werden, daß die Befriedigung entsteht, sie könnte zur Einstellung der Goldzahlungen gezwungen sein, so wird natürlich nicht nur alles Papiergeld, sondern auch alles Silbergeld im Werthe deinträchtigt werden. Die Bundesregierung müßte also abermals bedeutende Goldanleihen aufnehmen, um zu verhüten, daß der amerikanische Dollar auf 25 Cents oder gar noch weniger herunterfällt. Angesichts dieser Verhältnisse wird jetzt allenthalben die Forderung laut, die republikanische Partei, die eben jetzt das Ruder führt, solle den Entschluß fassen, entweder den ständigen und mächtig daliegenden Goldvorrath des Schatzamtes stark zu vermehren, oder alle die papierenen und silbernen Umlaufmittel beträchtlich zu vermindern.

Partei-Nachrichten.

Als Kandidaten zum badischen Landtag werden von unserer Parteigenossen angefeuert: in Pörrach Stadt: Friedrich Döng aus Freiburg; in Freiburg: Sägeseller Ernst Reuter; in Dornberg: Wilbacher Fritz Reig; in Offenburg: Redakteur Adolf Geil; in Karlsruhe: Redakteur Adolf Geil und Schreinermeister Scheier; in Pforzheim Stadt: Redakteur Adolf Geil; in Pforzheim Land: Stadtverordneter Friedrich Pauer; in Mannheim: Stadtverordneter Nob. Kramer; in Wiesloch: Schneidermeister Joh. Döner.

Die Landeskonferenz für Schwarzburg-Rudolstadt tritt Sonntag, den 12. September, in Stadtilm im Gasthaus zum Adler zusammen. Die Tagesordnung lautet: 1. Zur Lage der Arbeiter in Schwarzburg-Rudolstadt, Referent Stadtverordneter Franz Winter aus Frankenhausen; 2. Die Wünsche der Agrarier und die Arbeiter, Referent Buchdrucker Arthur Hofmann aus Saalfeld; 3. Aufstellung eines Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl; 4. Die Presse; 5. Diverse Anträge.

Der Parteitag für das Fürstenthum Reuß ä. O. wird Sonntag, den 26. September in Greiz im Grimm's Lokal abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht über Partei und Presse; 2. Stellung zur reichlichen Landtagswahl, bezügl. den zur Gründung von Konsumvereinen und dergl.; 3. der deutsche Parteitag und die event. Beschickung desselben; 4. die nächste Reichstagswahl.

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter Kees aus Magdeburg hat auf seiner Agitationstour durch Nordwest-Deutschland in den Orten: Verden, Woltmershausen, Bremen, Ostelshausen, Stadt Oldenburg, Brate, Nordenham, Bant, Delmenhorst, Brinkum, Bremerhaven, Bremen, Walle, Ostfiedt und Wegesack gesprochen. Die Versammlungen mit Ausnahme von Verden, Bremerhaven, Ostfiedt und Wegesack waren überall gut besucht. Es ist zu hoffen, daß auch diese Agitationstour unserer alterproben Genossen Kees dazu beitragen haben wird, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zu vermehren und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu heben.

Eine Parteikonferenz des sächsischen Wahlkreises Jauer-Volkshausen-Landeshut, die am Sonntag in Volkshausen abgehalten wurde, entschied sich nach längerer lebhafter Debatte für

die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Zum Kandidaten für die nächste Reichstagswahl wurde Genosse Krähig aus Blumenau bestimmt. Die Agitation im Wahlkreise ließ bisher viel zu wünschen übrig; unter Leitung eines Wahlkreis-Vertrauensmannes soll sie in Zukunft energischer betrieben werden.

Die Parteigenossen in Elberfeld beschloßen, folgende Anträge an den Parteitag in Hamburg zu stellen:

1. Der Parteitag wolle beschließen, die Parteileitung zu beauftragen, ein politisch-parlamentarisches Handbuch herauszugeben, weil die bisher zu den Händen herausgegebenen Handbüchlein ihren Zweck nicht genügend erfüllen.

2. Zur Frage der Landtagswahl-Beteiligung erkläre sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Kölner Beschluß aufgehoben wird.

Ob und in welcher Form eine Beteiligung an der Landtagswahl stattfindet, jedoch unter Ausschluß jeden Kompromisses bei den Urwahlen, darüber entscheiden die Genossen der einzelnen Wahlkreise, welche aber von ihrem diesbezüglichen Beschluß dem zu ernennenden Zentralwahlkomitee umgehend Mittheilung zu machen haben.

3. Mit Rücksicht darauf, daß die Solinger Zwickl-Feiten auch störend auf die Parteibewegung der benachbarten Kreise einwirken und um diesen Streitigkeiten endlich ein Ende zu bereiten, beantragen die Elberfelder Genossen: Der Parteitag wolle die Parteileitung beauftragen, den Solinger Genossen zur nächsten Reichstagswahl einen den Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten zu empfehlen. Dieser Kandidat ist von beiden Richtungen anzuerkennen. Im übrigen geht die heutige Versammlung über die Solinger Streitigkeiten zur Tagesordnung über. (Einstimmig angenommen.) Die Anträge waren von dem Genossen Genschler gestellt. Antrag 1 und 2 wurde einstimmig, Antrag 3 mit großer Mehrheit angenommen.

Als Delegirten für den Parteitag in Hamburg wurde Genosse B. Ullrich zum gewählt.

In Varnen erklärte sich eine Parteiverammlung mit allen gegen eine Stimme für Aufhebung des Kölner Beschlusses, dagegen wurde mit nur einer Stimme Mehrheit beschloßen, daß die Versammlung die allgemeine Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen wünsche und den Antrag stelle, der Parteitag in Hamburg wolle in diesem Sinne beschließen. Ferner nahm die Versammlung folgenden Antrag an: „Der Parteitag wolle der Parteileitung zur Pflicht machen, zur nächsten Waisfeier ein für ganz Deutschland bestimmtes Fingerring herauszugeben.“ Als Delegirter zum Parteitage wurde Genosse Wilhelm Schumann gewählt.

Parteitag für Schleswig-Holstein etc. (Schluß). Der Punkt Presse führte zu einer eingehenden Debatte. Die „Schleswig-Holsteinische Volksz.“ laborirt an einem Defizit, das in erster Linie durch die entgegen den Vorschlägen unternommene Vergrößerung des Blattes und in der dadurch bedingten Vermehrung des Personals, ferwer durch die gerichtlichen Verfolgungen verursacht ist. Für Gerichts- und Gefängniskosten hat die Zeitung seit ihrem Bestehen circa 10 000 M. ausbringen müssen. Die Höhe der Gefängnisstrafen betrug 25 Monate und die der Geldstrafen 1200 M. Es ist ein Defizit von 10 589 M. vorhanden. Die Auflage des Blattes beträgt 8659 Exemplare, gegen 6543 im vorigen Jahre und gegen 7149 im Jahre 1895. In richtiger Würdigung der Thatsache, daß in der Provinz die Zeitung das beste Agitationsmittel ist, beschloß der Parteitag, daß die Agitationskommission der Provinz das jährliche Defizit der Zeitung zu decken hat. Die einzelnen Wahlkreise sollen die nötigen Gelder der Agitationskommission zur Verfügung stellen. Um die Zeitung auch für die Landbesten agitatorisch wirksamer zu machen, wurde bestimmt, daß in der Zeitung die wirtschaftlichen Zustände auf dem Land mehr berücksichtigt werden sollen.

Es folgte ein Referat Frohne's über die Volksschulwesen in Schleswig-Holstein. Er führte u. a. aus: Im Jahre 1888 sind die Schleswig-Holsteiner preussisch geworden. Die preussische Verfassung garantiert den Staatsbürgern völlige Gleichheit in Beziehung auf die Schule. Trotz der Verfassung werden im Volksschulwesen vier Bestimmungen für geltend erachtet, die auf das frühere Regiment zurückzuführen sind und die sich unter neuen Umständen rechtfertigen lassen. Diese Bestimmungen gehen dahin, daß die Kinder bis zur Konfirmation und zwar die Knaben bis zum vollendeten 16. und die Mädchen bis zum 15. Jahre die Schulen besuchen müssen. Dem Schullehrer wird das Recht gegeben, diese Schulpflicht nach seinem Ermessen abzukürzen. Dieses Recht wird zum Theil in rigoroser Weise gehandhabt. Es ist vorgekommen, daß ein Schullehrer einem Vater erklärte, sein Mädchen müsse bis zum 16. Jahre die Schule besuchen, wenn er es nicht taufen ließe. Andererseits ist es vorgekommen, daß Kinder aus der 8. und 4. Klasse, die recht bezüglich waren, aber gekauft waren, entlassen wurden. Es handelt sich darum, festzustellen, auf welchem Gesetze diese Bestimmungen basiren. Es bleibt kein solches. Der § 18 der Schulordnung bestimmt, daß die Dauer der Schulpflicht bis zur vollzogenen Konfirmation erstreckt. Das Gesetz enthält keine Bestimmung darüber, daß überhaupt eine Konfirmation erfolgen muß. Die Eltern sollten es darauf ankommen lassen, wenn ihre Kinder das schulpflichtige Alter überschritten haben, die Kinder aus der Schule zu nehmen, ohne Rücksicht auf den Schullehrer. Das Gericht muß die Eltern freisprechen. Es muß das Volksbewußtsein angereizt werden, eine Agitation ins Werk gesetzt werden, daß dieser Zustand sein Ende findet. Es ist wünschenswerth, daß die Agitationskommission eine Protestpetition an den Landtag richtet. Der Parteitag beschloß demgemäß.

Ueber die Stellung zu den Reichstagswahlen sprach Abg. Legien. Er kam auf Grund des Stimmenergebnisses der letzten Reichstagswahl zu dem Schluß, daß es als abgeschloßen zu bezeichnen sei, Schleswig-Holstein werde eine Mehrheit von der Regierung gänzlich Abgeordneten ins Parlament senden. Es sei vielmehr anzunehmen, daß bei der nächsten Wahl der Zug nach links sich noch viel stärker zeigen werde als bisher. Bei der letzten Reichstagswahl sind in Schleswig-Holstein Stimmen abgegeben worden für die Konservativen 9250, Reichspartei 16 470, Nationalliberalen 24 506, Freisinn 56 527, Centrum 141, Reformpartei 3020, Dänen 14 468, Sozialdemokratie 76 746.

Aus den weiteren Verhandlungen des Parteitages sei noch erwähnt: Die Agitationskommission erhält ihren Sitz in Neumünster; zu deren Mitglieder wurden gewählt: Lienau, Straßburger und Danter. Sie der Preßkommission ist Niel. Der Provinzial-Parteitag soll aller zwei Jahre abgehalten werden; der nächste wird wieder nach Neumünster einberufen werden.

Die Parteigenossen im Wahlkreise Elbe-Deimold hielten am Sonntag in Lemgo eine Konferenz ab. Zweck kräftiger Organisation der Partei wurde u. a. beschloßen, daß in jedem Orte des Kreises ein Genosse zu bestimmen ist, der Verkehr mit dem Kreisvertrauensmann zu pflegen hat. Alljährlich im September ist eine Kreisversammlung abzuhalten. Zum Vorort des Kreises wurde Deringhausen gewählt. Die Wahl des Delegirten zum Hamburger Parteitags sowie die des Kreisvertrauensmannes ist den Genossen am Vorort überlassen. Die Frage der Aufstellung eines Reichstagskandidaten soll in einer späteren Konferenz erledigt werden.

Eine Parteiverammlung für den 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Borna-Regau, die am Sonntag in Penitz tagte und von Genossen aus 12 Orten besucht war, bestimmte als Kandidaten für den Reichstag wieder den Genossen Heinrich Stelle aus Meerane und wählte den Genossen Paul Starke aus Weichselburg als Delegirten für den Parteitag in Hamburg.

In München beauftragte eine Parteiverammlung die Delegirten zum Hamburger Parteitages, dahin zu wirken, daß der Kölner Beschluß beseitigt werde, wodurch die Genossen in Preußen das Recht erhalten, die Beteiligung an den preussischen Landtagen nach ihrem eigenen Ermessen zu entscheiden. Weiter befiel es in der betr. Resolution: „Die Versammlung erklärt des ferneren, sie würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Entschluß der preussischen Genossen zu einer Wahlbeteiligung führen und dadurch der Anlah zur Bahn-

Legung des gemeingefährlichen, für die Existenz des Reiches überaus schädlichen preussischen Junkertums gegeben würde!" Als Delegierte wurden die Genossen Franz Schmitt und O. Schi gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Auf dem Parteitag in Gera für Neuj. 9. hatten sich einige Parteigenossen aus Unmuth über die hohe Bestrafung des Genossen Major, der als verantwortlicher Redakteur der „Neuphischen Tribune“ wegen einer Notiz zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt ist, zu Aeusserungen gegen den angeblich Schuldigen hinrichten lassen. Das hat die Staatsanwaltschaft veranlaßt, ein Strafverfahren gegen den Genossen Hugo Rüdiger einzuleiten, der an der „Neuphischen Tribune“ mitarbeitete. Die Genossen Pretschneider und Wetterlein sind im Ermittlungsverfahren vernommen worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Korbmacher. In der öffentlichen Versammlung vom 7. September ist beschlossen worden, die Werkstätten von Union u. Komp. (Zub. Starke), Wilhelmstr. 124 und H. Schmidt u. Komp., Krautzstr. 6, zu sperren, weil diese Firmen 20 pCt. Lohnabzug gemacht haben. Die Kollegen werden deshalb ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Die Firma H. Schmidt u. Komp. ersucht durch heutige Annonces im „Vorwärts“ Arbeitskräfte heranzuziehen, indem sie schreibt, daß 56 M. verdient werden. Kollegen, laßt Euch nicht täuschen dadurch, denn überall wird pro Korb 1 M. mehr gezahlt und durch einmüthiges Zusammenhalten könnten diese Firmen zur Bewilligung gezwungen werden. Der Vorstand des Verbandes der Korbmacher Berlins und Umgegend. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Achtung, Former und Kernmacher! Kollegen! Die Firma Vorsig, Eisenblecherei und Maschinenfabrik zu Berlin, deren Former und Kernmacher seit dem 23. August wegen Lohnreduktionen im Auslande sich befinden, giebt sich alle erdenkliche Mühe, durch Zeitungsinserte und ihre Agenten Arbeiter aus der Provinz heranzuziehen. Bisher ist ihr das noch nicht geglikt und hoffen wir, daß auch ferner kein Arbeiter sich finden werde, der den Streikenden den Kampf erschwert. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Der Vertrauensmann.

In Penig i. S. ist der Streik der Wollendruker bei der Firma Chevalier u. Co. in ein neues Stadium getreten. Eine andere am Ort befindliche Druckerei hat plötzlich sieben Drucker entlassen unter dem Vorwand, es sei keine Arbeit vorhanden. Man nimmt aber an, daß auf die Streikenden nur ein Druck ausgeübt werden soll.

Zum Leipziger Maurerstreik. Gegen die inhaftirten Mitglieder des Streikkomitees, die Genossen Jacob, Berthold und Oruth, ist bereits Anklage wegen verurtheter Mithigung und Körperverletzung, Erheben gegen die §§ 240, 223, 43 des Reichsstrafgesetzbuches erhoben worden. Die Verhandlung dürfte bald vor dem Landgericht Leipzig stattfinden. — In der Versammlung der freien Mauer wurde mitgetheilt, daß Gebr. Schröder und Pabst die Forderungen der streikenden Mauerer neu bewilligt haben und beschlossen, die Landeskonferenz der Mauerer durch die Genossen Meyer und Fischer zu beschließen.

Der Ausstand der Arbeiter (ca. 80 Personen) der Metall- und Bronzewaren-Fabrik von Carl Reißner in Dresden ist nach achtstägiger Dauer beendet, da der Fabrikant sämtliche Forderungen der Arbeiter anerkannt hat. Sehr wichtig und verständlich ist eine der vereinbarten Bestimmungen, nach welcher bei Mangel an Aufträgen Arbeiter, welche drei Monate in der Fabrik arbeiten, nicht entlassen werden dürfen, sondern in solchen Fällen die Arbeitszeit zu reduzieren ist. — Eine recht lässliche, lächerliche Nolle haben bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Fisch-Duander'schen gespielt. Sie mußten wohl einsehen, daß bei den herrschenden Zuständen in dem Reißner'schen Betriebe das Vorgehen der Arbeiter vollständig gerechtfertigt war, erklärten auch ihre „Sympathie“ diesen gegenüber, aber — finanzielle Unterstützung waren sie nicht im Stande zu leisten.

Ein Firmensturz entstand vor einigen Tagen ein Ausstand der Schuhmacher, an dem 88 Arbeiter der Firma Lehmann theilhaftig waren. Die Arbeiter verlangten die Entlassung eines Arbeiters, der mehrfach Denunziationen angebracht hatte. Diesem Wunsche wurde nicht entsprochen und es erfolgte die Arbeitsentlassung, die seitens des Fabrikanten prompt mit der Befestigung einer schwarzen Liste beantwortet wurde. Jedoch die expositive Wirkung der schwarzen Liste blieb aus, vielmehr erhielten viele der geschicktesten Arbeiter in den anderen Fabriken schnell Stellung. Mittlerweile war der betreffende Arbeiter vor dem Fabrikanten aus einem anderen Grunde entlassen und die Arbeiter forderten nur noch die Zurücknahme der schwarzen Liste. Herr Lehmann mochte wohl nunmehr ein Licht ausgehen, denn tief getränkt über den schänden Unthat seiner Kollegen erließ er folgende Erklärung in einem dort erscheinenden Lokalblätchen:

Erklärung.

Da ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß verschiedene meiner Herren Kollegen mich mit ihrer Unterstützung im Stiche ließen, dieselben es vielmehr darauf abgesehen haben, die besten meiner Arbeiter anzuwerben und mein Geschäft zu schädigen, fühle ich mich veranlaßt, die sogenannte schwarze Liste hiermit öffentlich zurückzunehmen und soll mir diese Handlungsweise als Nichtschnur dienen, welche Stellung ich gegenüber den betreffenden Herren Kollegen einzunehmen habe, wenn ein gleiches Vorkommniß bei ihnen eintritt.

Friß-Lehnung.

Der Töpferstreik in Pirna ist nach einer Mittheilung aus dem Verbandsbureau der Töpfer zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Die sächsischen katholischen Arbeitervereine hielten am 6. September in Würzburg einen Delegirtenkongress ab. Der Verbindung gehören 181 Vereine mit 39.780 Mitgliedern an. Die Vereine unterhalten Sterbe- und Krankenlassen-Einrichtungen und verfügen über ein Vermögen von 259.825 M. Interessant ist an den Verhandlungen, daß zwei Anträge, die eine Unterstützungskasse wünschenswerth, aus der Mitglieder, die ohne Ver schulden durch Streik in Mitleidenschaft gezogen werden, eine Unterstützung erhalten, zur Kenntniß genommen wurden. — Sehr beschaffen!

Ausland.

Der befürchtete Bäckerandstand in Budapest wird unterbleiben. Die am Sonntag zahlreich versammelten Gesellen beschloßen, erst ihre Organisation, welche gelegentlich des letzten Streiks vor drei Jahren vom Minister des Innern aufgelöst worden war, von neuem zu kräftigen.

Auf dem internationalen Diamantarbeiter-Kongress, der vom 20. bis 22. September in Antwerpen abgehalten wird, werden voraussichtlich alle organisirten europäischen Diamantarbeiter vertreten sein, nämlich: der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Bund, die wenig zahlreichen evangelischen, katholischen und jüdischen Diamantgeschleifer-Vereine von Amsterdam, der Antwerpische Diamantarbeiter-Bund und die Diamantgeschleifer-Vereine von Hanau, London, Saint-Glaude (Frankreich) und Genf.

Als Amsterdam wird uns geschrieben: Die Weber von Almelo haben sich entschlossen, am 20. September in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer vorher ihren Forderungen nicht nachgeben. Diese Forderungen sind: bessere Koststoffe, Aufstellung einer Lohnabelle, Entschädigung für die mit Warten auf Koststoffe verdaunte Zeit, und endlich eine Lohnhöhe von 8 bis 10 pCt. Schon hat einer der vier Fabrikanten die letzte und wichtigste Forderung zum theil bewilligt. Die 270 Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich deshalb mit knapper Mehrheit gegen den Streik erklärt. Der Entschluß der 500—600 Arbeiter der übrigen Fabriken war jedoch fast einstimmig.

Der Trades-Union-Kongress zu Birmingham ist am Dienstag mit einer Rede des Vorsitzenden des Parlamentarischen Komitees, Mr. S. M. D. s., eröffnet worden. Er verweist a. darauf, daß durch die Urtheile der Gerichte, wie sie in letzter Zeit ergangen sind, die

Gewerkschaftsbewegung arg gefährdet sei. Dagegen müsse der Kongress Protest einlegen. Die Nützlichkeit des Arbeitgeber-Haftpflicht-Gesetzes sei anzuerkennen, jedoch müsse auf Vervollkommnung der Bestimmungen hingearbeitet werden. Hierauf bewillkommte der Lordmavor von Birmingham den Kongress im Namen der Stadt. Der Vorsitz wird dem Stadtrath Stevens übertragen. Die 400 Delegirten vertreten rund 1 1/2 Millionen Arbeiter.

Der englische „Nationalverband der freien Arbeiter“ erklärt einen Aufruf zu Gunsten eines Kongresses, der nächsten Monat abgehalten werden soll. Die treibende Kraft, die hinter diesen „freien Arbeitern“ steht, sind, wie wir dieser Tage durch ein dem „Daily Chronicle“ entnommenes Firkular nachgewiesen, die Unternehmer. Die erste Resolution, die diesem Kongress unterbreitet werden soll, wird gerichtet sein gegen die „einseitige Selbstsucht“ der Unionsleute.

Soziales.

Für die Gewerbe-Aufsichtsbeamten erläßt das Ministerium für Handel und Gewerbe im „Reichs-Anzeiger“ eine Vorbildungs- und Prüfungsordnung. Im wesentlichen besagt die Vorschrift:

Zur Erlangung der Befähigung für den Gewerbe-Aufsichtsdienst ist: 1. ein mindestens dreijähriges technisches Studium, 2. ein mindestens 1 1/2-jähriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften auf deutschen Hochschulen, 3. die Ablegung zweier Prüfungen erforderlich. — Die erste dieser Prüfungen ist entweder a) die als Regierungs-Vauführer im Maschinenbau oder b) die als Berg-Referendarus oder c) die Diplomprüfung als Hütten-Ingenieur oder als Maschinen-Ingenieur an der Berg-Akademie oder einer anderen preussischen Technischen Hochschule, d) die in den Bundesratsbestimmungen vom 22. Februar 1894 bezeichnete Vorprüfung als Nahrungsmittel-Chemiker, oder die Diplomprüfung als Chemiker an einer preussischen Technischen Hochschule, oder die Habilitation für Chemie, oder die Doktorpromotion an einer preussischen Universität, wenn Chemie bei der Promotionprüfung das Hauptfach bildete. Die zweite Prüfung ist vor dem Prüfungsausschuß für Gewerbe-Aufsichtsbeamte abzulegen.

Der zweiten Prüfung muß ein mindestens 1 1/2-jähriger Vorbereitungsdienst bei den Gewerbe-Aufsichtsbehörden vorausgehen.

Nach erfolgreicher Beendigung des Vorbereitungsdienstes bei einer Gewerbe-Inspektion hat sich der Aspirant zur ferneren Vorbereitung auf die zweite (Haupt-) Prüfung während der Dauer von wenigstens drei Semestern an einer deutschen Hochschule dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Gewerbeverwaltung, der Gewerbehygiene und der Wohlfahrtspflege zu widmen.

Die Prüfung erfolgt vor dem Prüfungsausschuß für Gewerbe-Aufsichtsbeamte in Berlin, dessen Mitglieder vom Minister für Handel und Gewerbe ernannt werden. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche.

Bedauerlich ist, daß sich die Regierung nicht entschließen kann, für die Gewerbeaufsicht auch Arbeiter als Assistenten heranzuziehen, und daß sie noch immer den engbrüchigen Standpunkt vertritt, die Frauen gänzlich von der Gewerbeaufsicht auszuschließen. Andere Staaten sind auf diesem Gebiet längst mit gutem Beispiel vorangegangen.

Zum Parteitag der Nationalsozialen beantragt Pastor Göhre, die Resolutions des internationalen Arbeiter-Schutz-Kongresses in Zürich ins Programm dieser Partei aufzunehmen.

Ueber Lehrlingszucht in der Wallergewerbe, das zur Textilindustrie gehört, wird in einem uns vorliegenden Schreiben aus Forst in der Lausitz Klage geführt. Es gäbe in Forst etwa 20 Innungsmeister, von denen die große Mehrzahl 8 oder 4 Lehrlinge halte. Die Lehrlinge müßten 4 Jahre lernen und würden nach beendeter Lehrzeit meist entlassen. Da sie während der Lehrzeit nicht so viel gelernt hätten, um sich ihr Brot als Waller verdienen zu können, so seien sie dann ihren Angehörigen zur Last oder müßten sich einem andern Beruf zuwenden. Durch das Ueberangebot an Arbeitskräften würde natürlich der Lohn gedrückt. Der eine Waller arbeite immer billiger als der andere. Dabei habe der Waller in der Fabrik die schwerste Verantwortung. Jeder Arbeiter lege die Fehler, die er bei der Herstellung der Waare begangen, dem Waller zur Last, und wenn dieser nicht mit dem Appretur gut stehe, zu dem die Arbeit nach dem Wollen kommt, so könne er nicht existiren. Es bestehe zwar ein Wallerverein in Forst, aber dieser kümmere sich um die Uebelstände wenig oder gar nicht.

Die Zahl der Aktiengesellschaften Bayerns hat sich, der „Bayerischen Handelszeitung“ zufolge, innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts fast vervierfacht und ihr Kapital ist in der gleichen Zeit von rund 190 Millionen Mark auf 700 Millionen Mark gestiegen. Nach dem Stande vom Ende Juni 1897 hatten ihren Sitz in Bayern insgesamt 328 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 675.471.419 M., einem Obligations- beziehentlich Pfandbriefkapital von 1.989.307.442 M. und einer Bilanziffer von 3.850.066.718 M., gegenüber 311 Gesellschaften im Jahre 1896 mit 611.685.500, beziehentlich 1.882.576.566, beziehentlich 3.175.538.499 M. 46 Gesellschaften mit 4,51 pCt. des Gesamt-Aktienkapitals zahlten keine Dividende. Von den Neugründungen kommt die größte Zahl auf die Bierbrauereien und Fahrrad-Fabriken, in welchen beiden Industrien — wie die „Münchener Post“ mittheilt — das Bestreben, die Anstrengung der Aktien durch größtmögliche Kapitalkonzentration auf das nachdrücklichste zu betreiben, immer intensiver auftritt.

In Zwidau hielt dieser Tage das Gewerbegericht seine erste Sitzung unter Zugiehung von Beisitzern ab. Die Verhandlungen wurden sehr lebhaft geführt. Der von den Gegnern des Gewerbegerichts angeführte Grund, daß ein solches Gericht in Zwidau, wo bereits sieben Innungs-Schiedsgerichte bestehen, nicht genug zu thun haben würde, erweist sich schon jetzt als unhaltbar. In der ersten Sitzung wurden bereits 5 Fälle verhandelt, die sämmtlich erst in der letzten Woche anhängig gemacht worden sind.

Versammlungen.

Eine öffentliche Korbmacher-Versammlung fand bei zahlreicher Theilnahme am 7. September bei Feuerstein's statt. Es handelte sich darum, Stellung zu nehmen zu den jüngst vorgenommenen Lohnreduktionen in der Kugelforbbranche bei den Unternehmern Starke und Rob. Schmidt u. Co. Der Verhandlung lag nach den Darlegungen verschiedener Redner in Kürze folgender Thatbestand zu grunde: Die Firma Starke hatte gleich anderen Firmeninhabern die Lieferung einer bestimmten Anzahl Kugelförbe bis zu einer bestimmten Frist fertigzustellen. Auf das Versäumen der Lieferungsfrist war eine Konventionalstrafe von 1 M. pro Korb gelegt. Den durch die ziemlich erheblichen Aufträge bedingten allgemeinen Aufschwung hatten die Gesellen allenthalben bemerkt, um auch sich einen Mehrerwerb zu sichern. Sie erreichten, daß in allen Betrieben, außer bei den Firmen Starke und Rob. Schmidt u. Co., die Akkordlöhne bis auf 5,50 M. pro Stück hinaufgesetzt wurden.

Als bei Starke später noch mehr Aufträge einliefen, gelang es auch hier, den höheren Lohn durchzusetzen, aber nach wenigen Wochen reduzirte der Unternehmer den Lohn wieder. Daraus legten sämmtliche Korbmacher die Arbeit nieder. Von den 80 in den Streik getretenen haben 30 die Arbeit zu den alten Preisen bald wieder aufgenommen. Bei der Firma Schmidt, der nur für Starke liefert, sind die Differenzen aus dem gleichen Grunde entstanden. In anbetraht der Thatfache, daß ein Theil der Firmen ihre Lieferungen bereits erledigt haben, sah die Versammlung nach eingehender Diskussion von der Fortführung des Streiks ab. Ueber die beiden Firmen wurde die Sperre verhängt, den Ausständigen Unterstützung zugesichert. Ein Antrag, die jüngeren, erst während der letzten Aufschwungsperiode zugeworbenen Kollegen zu verpflichten, abzureisen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, vom Tage der Versammlung (dem 7. September) ab den

Arbeitsverdienst von 40 M. nicht zu überschreiten, damit für das sonstige Mehr arbeitslose Kollegen eingestellt werden können. Einem weiteren Antrage zufolge wurde eine sechszehngliedrige Kommission, aus neun Werksläten je zwei resp. eine Person, zusammengesetzt, die allmonatlich eine gegenseitige Aussprache über Vorkommnisse in den Werkstätten mit dem Verbandsvorstand herbeizuführen und über Abstellung derselben zu berathen hat.

Allgemeiner deutscher Tapezirer-Verein. Die Filialen Berlin hielten am 31. August eine kombinirte Versammlung ab, in der eine Ausschusskommission gewählt wurde, bestehend aus Friedmeier, Franke, Frankle, Leo Schmidt und Haber. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die zukünftige Agitation und Organisation in Berlin, nachdem beide Organisationen dem Verbandsbeitrags sind. Alle Redner sind für Einführung des Systems der Werkstatt-Vertrauensleute. Außerdem soll eine Agitationskommission gewählt werden. Das Hauptaugenmerk ist jedoch vorläufig auf den Ausbau des Arbeitsnachweise-Bureaus zu richten. Die einmüthige Debatte über alle diese Fragen zeigte, daß die Berliner Kollegen nach dem Leipziger Kongress in Wirklichkeit einig sind.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter wurden am 4. September nach einem Vortrag des Genossen Samacher über: „Das Recht auf Arbeit“ die ungemüthlichen Zustände in der Klavierfabrik von Merseburg, Dreßdenerstraße, zur Sprache gebracht. In dieser Fabrik sind den Arbeitern nach und nach Abzüge gemacht worden, die zum theil die Höhe von 80 pCt. überschreiten, so daß die Löhne bei einzelnen Arbeitern nur noch 12—14 M. betragen. Infolge des dort herrschenden Indifferentismus war es dem Unternehmer ein Leichtes, die Arbeitslöhne so tief herabzusetzen; nachdem sich aber in der vorigen Woche die dort Beschäftigten emporkraffteten und dem Fabrikanten gegenüber ihre Forderungen geltend machten, ist es erreicht, daß die alten Preise wieder zustande gekommen sind.

Die Steinarbeiter tagten am Dienstag im „Englischen Garten“. Im ersten Punkte der Tagesordnung wurden die Vorschläge für die zweidmüthigste Verbreitung des vom 1. Oktober ab erscheinenden neuen Fachorgans „Der Steinarbeiter“ eingehend diskutiert. Fischer schildert die bei der Verbreitung des „Baubauwerkes“ in letzter Zeit entstandenen Mifsstände, woran hauptsächlich die Sammeligkeit und Gleichgültigkeit der Kollegen schuld sei, und fordert auf, für jeden Arbeitsplatz einen Vertreter zu wählen. Der Redakteur des „Steinarbeiter“, Thomas, schlägt vor, die gewählten Vertreter des Fachorgans auf allen Plätzen aus zuverlässigen Personen auszuwählen und dieselben theils der Kontrolle der Kollegen des Platzes zu unterstellen und dieselben der Geschäftsführung gegenüber haltbar zu machen, um dem neuen Unternehmen auch in finanzieller Beziehung größere Garantien zu schaffen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wird an stelle des durch die Gründung des Fachorgans in Anspruch genommenen Kollegen Thomas der Kollege Sonnert als Mitglied zur Kontrollkommission der Geschäftsführung des Steinarbeiter-Verbandes gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wird nach Ausnahme eines Unterstützungsgesuches eines kranken angesehener Kollegen das Verhalten einiger Kollegen der Firma Plöger beleuchtet, welche früher als eifrige Agitatoren austraten und jetzt als grimmigste Feinde der Organisation den Prinzipalen in die Hände arbeiteten. Zur Regelung der dort vorhandenen Streitigkeiten wird eine fünfzählige Kommission, bestehend aus Kleinert, Stolz, Fischer, Dubach und Mischke gewählt.

Hierauf werden die Arbeitsverhältnisse der auf den verschiedenen Plätzen beschäftigten Steinmehnen besprochen. Besondere Klage wird geführt über die Behandlung der Steinmehnen bei Gebr. Jeltzer. Auch die Löhne seien trotz des vereinbarten Tarifs bis auf 12 bis 18 M. pro Woche gesunken. Das gleiche sei bei der Firma Schilling der Fall. Bei der Charlottenburger Firma Casal u. Pedroti, welche die Arbeiten zu dem „monumentalen Schmucl der Siegesallee“ ausführe, seien meist Italiener beschäftigt, welche weder nach dem Tarif bezahlt werden, noch die übliche 8 1/2-stündige Arbeitszeit hätten. Von allen Diskussionsrednern wird anerkannt, daß alle derartigen Mifsstände nur in der mangelnden Energie und Einigkeit der Kollegen wurzeln, und wird beschlossen, daß der Innungs-Gesellenauschuss sich umgeändert damit zu beschäftigen habe und von den Prinzipalen Abhilfe verlangen solle.

Charlottenburg. Am 1. September fand im Lokale von A. Seber eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer, Antstreicher und verwandten Berufsgenossen statt. Max Berlin sprach über die Nothwendigkeit der Organisation. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage bewegte sich die Diskussion im Sinne des Referenten, an der sich Göbel, Flemming und Schiller theilnahmen, und hauptsächlich die Frage der Arbeitslosenunterstützung in zustimmendem Sinne behandelten.

Die Maurer des Kreises Schweinitz-Kannaburg und Umgebung hatten sich recht zahlreich am 3. September im Lokale des Genossen Zubeil versammelt, um über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu berathen. Der Kollege Silberstich u. d. hielt das einleitende Referat. Derselbe betonte besonders, daß es für die Maurer, welche außerhalb ihres Wohnsitz haben und hier ihren Broterwerb suchen, von großer Bedeutung sei, den hiesigen Kollegen als tüchtige Kämpfer zur Seite stehen zu müssen. Nun lehre aber die Erfahrung, daß die auswärtigen Kollegen sich hier der Organisation nicht in genügender Zahl anschließen. Sie betrachten sich hier nur als Anhängsel, andererseits seien sie auch mit tausend Banden an ihren Heimatorten gefesselt; Organisationen an ihrem Heimatort würden darum für sie von größerem Nutzen und auch größerem Einfluß auf die Kollegen sein. Die Streiks seien im Verhältnis zu früher jetzt erfolgreicher gewesen, weil durch die 50 Organisationen in der Provinz Vorposten zur Abhaltung der Streikbrecher vorhanden waren und früher oft das Gegenheil zutrifft. Es sei also für beide Theile, Berliner wie Auswärtige, von Interesse, sich enger und der Erfahrung entsprechend sich zu organisiren. Dieser Ansicht stimmten die Kollegen zu und beschloßen, für Schweinitz und Kannaburg je eine Zehnstellige des Verbandes deutscher Maurer zu errichten. Die Mitgliederzahl beträgt bereits über 50 und wird in nächster Zeit eine zweite Versammlung stattfinden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 8. Sept. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Vom 10. d. Mts. ab wird auf der Linie Galsburg—Madenau—Rippdorf der Gesamtverkehr wieder aufgenommen.

Wien, 8. September. (S. H.) Der Kongress bringt in der Presse eine offizielle Mittheilung über die Haltung der meuerich gewordenen Soldaten des Baron Dhanis, aus welchen hervorgeht, daß die Kongressregierung die Meinere zwischen Kugel und Feuer nehmen wird.

Bukarest, 8. September. (S. H.) Die rumänische Regierung beschwerte sich bei der bulgarischen Regierung wegen der wiederholten Einfälle bulgarischer Händerbauern in die Dobrubtscha. Das Kriegsministerium ließ gleichzeitig die Grenze streng militärisch bewachen.

Kopenhagen, 8. September. (W. T. B.) Nachdem heute zwischen dem Arbeitgeberverein und dem Arbeiterverein eine Uebereinkunft getroffen ist, wird nunmehr angenommen, daß die Aussperrung von Arbeitern in den Eisenindustrien Dänemarks, welche seit dem 9. Juni besteht, binnen einer Woche aufgehoben wird.

Kanea, 8. September. (Mittheilung der „Agence Havas“.) Die Russländer vor Kania durchbrachen den Militärfordeun und raubten 500 Schafe und 60 Kinder. Die Mohomedaner hatten zwei Tode und vier Verwundete, die Russländer zwei Tode.

Manila, 8. September. (W. T. B.) Die Spanier nahmen nach einem blutigen Kampfe Manila. Viele Aufständische wurden getödtet. Auf Seiten der Spanier fielen ein Kapitän und neun Soldaten, 38 Mann wurden verwundet.

Kommunales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben zu der heute stattfindenden Sitzung den folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von der Stadtgemeinde hiesigen Künstler zur Ausführung übertragenen Kunstwerke nicht, wie es jetzt vielfach geschieht, im Auslande angefertigt werden.

Weiter hat die sozialdemokratische Fraktion an den Magistrat die folgenden Anträge gerichtet:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß der bei dem Gasanstaltbau in der Richtestraße beschäftigten Unternehmern: Lauenburg's Nachf. wegen eines bei demselben eingetretenen Arbeiteranstandes eine Verlängerung der Baufrist gewährt worden ist?
2. Ob, wenn dies der Fall, der Magistrat geneigt ist, Vorschriften zu erlassen, wodurch die Wiederholung solcher Verhältnisse ausgeschlossen ist?

Lokales.

Der Provinzial-Parteitag der Provinz Brandenburg findet am 12. September nicht, wie bisher annoncirt, um 9 Uhr vormittags, sondern erst um 12 Uhr mittags statt. Das Polizeipräsidium hat auf Grund der bekannten Versammlungs-Verordnung vom Oktober 1896 angenommen, daß Versammlungen vor Beendigung des Gottesdienstes trotz der Versammlung unzulässig seien.

Die Neuregelung der Gehälter der Volksschullehrerinnen steht bevor. Zur Orientierung unserer Leser drucken wir die Gehaltsfestsetzungen einiger Städte und Ortschaften ab, wie sie sich nach den Beschlüssen der Gemeinde-Körperschaften gestalten sollen. Es erhalten demnach die Lehrerinnen an Grundgehalt, Miethschädigung und Alterszulagen in Frankfurt a. M. 1400 M. Gr., 400 M. M., 150 M. M., d. h. 1800 M. Anfangs-, 3150 M. Höchstgehalt; Dortmund 1800 M. Gr., 350 M. M., 100 M. M., d. h. 1850 M. Anfangs-, 2850 M. Höchstgehalt; Schwerte (Westfalen) 1350 M. Gr., 250 M. M., 125 M. M., d. h. 1600 M. Anfangs-, 2725 M. Höchstgehalt; Kassel 1200 M. Gr., 300 M. M., 110 M. M., d. h. 1500 M. Anfangs-, 2490 M. Höchstgehalt; Charlottenburg 1150 M. Gr., 300 M. M., 150 M. M., d. h. 1450 M. Anfangs-, 2800 M. Höchstgehalt (besätigt durch den Miethschädigung); Hesse 1150 M. Gr., 300 M. M., 125 M. M., das heißt 1450 M. Anfangs-, 2575 M. Höchstgehalt; Westerbauer bei Däse 1150 M. Gr., 300 M. M., 125 M. M., d. h. ein Anfangsgehalt von 1450 M. und 2575 M. Höchstgehalt; Wreslau 1100 M. Gr., 300 M. M., 160 M. M., d. h. 1400 M. Anfangs-, 2840 M. Höchstgehalt; Weimar bei Bochum (Landgemeinde) 1200 M. Gr., 200 M. M., 120 M. M., d. h. 1400 M. Anfangs-, 2480 M. Höchstgehalt; Bernau, Westfalen, 1200 M. Gr., 200 M. M., 120 M. M., d. h. 1400 M. Anfangs-, 2480 M. Höchstgehalt; Altenbagen, Westfalen, 1100 M. Gr., 250 M. M., 125 M. M., das heißt 1850 M. Anfangs-, 2475 M. Höchstgehalt; Wilhelmshaven 1100 M. Gr., 250 M. M., 120 M. M., das heißt 1850 M. Anfangs-, 2430 M. Höchstgehalt; Edeles bei Hagen 1100 M. Gr., 250 M. M., 125 M. M., d. h. 1850 M. Anfangs-, 2475 M. Höchstgehalt; Juida 1050 M. Gr., 267 M. M., 184 M. M., d. h. 1817 M. Anfangs-, 2618 M. Höchstgehalt.

In Berlin finden in nächster Zeit die Beratungen der Gehaltskommission der Stadtverordneten-Versammlung über die für Berliner Volksschullehrerinnen festzusetzende Gehaltsstufen statt. Nach der Magistratsvorlage sollten die Gemeindschullehrerinnen in Berlin 900 M. Grundgehalt, 300 M. Miethschädigung, sieben ungleiche Alterszulagen von 100 und 200 M., d. h. ein Anfangsgehalt von 1200 M., ein Höchstgehalt von 2400 M. erhalten.

Vom Segen der Sozialreform für die Arbeiter. Im Berl. Tagbl. steht zu lesen: Eine verstärkte Kontrolle der Empfänger von Unfallrenten durch unvermuthete ärztliche Untersuchungen soll, wie uns mitgetheilt wird, von sämtlichen Berufsgenossenschaften eingeführt werden, nachdem sich diese Maßnahme bei einigen großen Genossenschaften vortrefflich bewährt hat. Die Kosten solcher Untersuchungen, zu denen außer dem Arzt ein Vertrauensmann sowie ein Beamter der Berufsgenossenschaft hinzuziehen sind, betragen nach den bisher gemachten Erfahrungen nur etwa den vierten Theil der durch sie herbeigeführten Herabsetzungen und Aufhebungen von Renten. Die Berufsgenossenschaften werden also durch das neue Verfahren erheblich entlastet, während andererseits solchen Verletzten, welche eine unverhältnismäßig hohe Rente herausgeschlagen wollen, ein Riegel vorgehalten wird.

Die Meldung, deren Richtigkeit wohl kaum anzuzweifeln sein wird, kennzeichnet so treffend den arbeitserfindlichen Geist, der bei den Trägern der Sozialreform obwaltet, daß jede Bemerkung nur abschwächend wirken kann. Wir gestatten uns nur die eine Frage: Was würden pensionirte oder invalide Offiziere sagen, wenn man es wagen würde, sie in ähnlicher Weise zu kontrollieren?

Die Ober-Postdirektion gegen Pöbdielski. Es wird berichtet, daß der neue Staatssekretär des Reichs-Postamts, Herr v. Pöbdielski unbekannt bald dieses, bald jenes Postamt auslucht, um sich über den postalischen Dienst zu unterrichten und sich aus eigenem Anschauen zu überzeugen, ob und welche Reformen notwendig sind. Dieses Verfahren des neuen Chefs scheint der Berliner Ober-Postdirektion und einzelnen Vorstehern von Postämtern sehr unbecquem zu sein. Durch die Presse läuft gegenwärtig ein Artikel eines hiesigen Berichterstatters, der sich gegen die Genußal-Rasch-Masse des Herrn v. Pöbdielski wendet und der, wie es ausdrücklich heißt, von dem Postinspektor Böhle im Auftrage der Ober-Postdirektion amtlich inspirirt ist. Es wird auf diesem Wege dem neuen Staatssekretär des Reichs-Postamts mitgetheilt, daß die Ober-Postdirektion es ablehnen müsse, einen solchen Besuch, wie er beispielsweise beim Postamt 19 vorgenommen worden ist, als „Revision“ gelten zu lassen, daß sie es vermeiden wissen möchte, daß Beamte von „Unbekannten“ über Dinge ansgefragt werden, über die nur die zuständigen Vorgesetzten in entsprechender Weise Auskunft geben können, und daß sie es endlich für bedenklich halte, in der Postverwaltung kaufmännischen Grundfragen Geltung zu verschaffen und an dem wohlgefügten bürokratischen Charakter der Postverwaltung zu rütteln.

Etwas wunderlich und mit dem wohlgefügten bürokratischen Charakter der „Post“ schwer zu vereinbaren ist es, daß ein Berichterstatter zum Mundstück der Ober-Postdirektion gemacht wird. Das „geheim Verfahren“, das der neue Staatssekretär anwendet, ist aber nicht zu unterschätzen. Es könnte auch auf andere Ressorts der Staatsverwaltung ausgedehnt werden. Wie wäre es z. B., wenn der Minister des Innern oder der Polizeipräsident einmal versuchte, als Arbeiter verkleidet sich fiktiv zu lassen? Auf solche Weise könnte sie mit verhältnismäßig leichter Mühe erfahren, was an den Berichten über Mißhandlungen auf Polizeiwachen dran ist.

Von der Fügigkeit preussischer Sicherheitsbehörden. Fehn Nordhagen, immerhalb der letzten drei Jahre gesehen, harrte noch der Sühne. Im Mai 1894 wurde die Schwester Schweidel in der Nähe von Halensee in der Mittagsstunde, also am helllichten Tage, auf offener, belebter Straße ermordet. Der Thäter wurde zwar noch von einigen Passanten gesehen, aber bis heute nicht entdeckt. Bald darauf, im Juli, wurde die Dandelsfrau Vertha Lange aus Schönberg in einem Kornfelde ebenfalls, unmittelbar hinter dem Bahndamm der Potsdamer Bahn, ermordet aufgefunden, nur wenige Stunden nach der That. Auch hier fehlt von dem Mörder jede Spur. Der Mord an dem Knaben Willy Bur., der auf einem Lagerplatz am Rottbuser Ufer

ums Leben gebracht wurde, dürfte noch ebenso im Gedächtnisse sein, wie die schauerliche Bluttat an dem Dienstmädchen Klara Galle, die an irgend einem unbekanntem Orte hier in der Stadt ermordet und als Leiche auf einem Handwagen an eine abgelegene Stelle am Maybach-Ufer geschafft wurde; beide Thäter sind unentdeckt geblieben, trotz geradegerader feberhafter Thätigkeit der Kriminalpolizei. Die Nordhagen an der kleinen Franke in Spandau und dem Schulmädchen Bahrendorf sind ebenso in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllt, wie die Verbrechen an dem Pfandleiher Zeidler aus der Pantstraße, der Prostituirten Thiele aus der Juvalidenstraße und dem in neuester Zeit entdeckten Mord an dem Schulmädchen Mecke in Kremmen. Bei all' diesen Bluttathen fehlt es an jeglichem Anhalt für den Thäter. Der Doppelmord in der Königgräberstraße unterscheidet sich von den ersten Bluttathen nur dadurch, daß man hier den Thäter kennt, aber der Sühne harret auch diese gräßliche That noch.

Zur Vermeidung aller ängstlichen Leute und zur Ehrenrettung der Polizei weisen wir darauf hin, daß weder in Berlin noch in der Umgegend in den letzten zehn Jahren jemals verurtheilt worden ist, in „gefährliche“ Arbeiterversammlungen ein paar Beamte zu senden, damit diese ja von allen „gefährlichen“ Versammlungen der Arbeiter während des Monats nehmen. Auch hat man stets ausländische Arbeiter mit geradegerader Sorgfalt zu überwachen gesucht, desgleichen ist nie verurtheilt worden, aus sozialdemokratischen Zeitungen alle Ausdrücke, die auch nur entfernt nach Beleidigung riechen, zu inkriminieren. Und solche Arbeit strengt an.

Der Vorstand der Vegetarier-Vereinigung vermahnt sich in einem an uns gerichteten Schreiben dagegen, daß ein von der Presse ausgesprochen sehr schwarzer Verdacht auf ihn zutrefte. Es war nämlich behauptet worden, daß in irgend einem Vegetariarverein die Vorstandsmitglieder sich heimlich an Kalkbäcken, Heuböden und anderen ekeligen Thierleichen defektirten. Sie allesamt, so behauptet der Vorstand dieser Verleumdung gegenüber, seien ganz gewiß keine Mumpiisvegetarier. Die Freundschaft, die der Urheber jener Verleumdung speziell gegen die Vegetarier hege, habe ihren sehr materiellen Grund darin, daß der Mann ein Fabrikant seiler Enten sei. Wo sollte der Herr wohl seine Waare los werden, wenn das Ziel des Vegetariarismus erreicht und die ganze Welt zur Insektivore bekehrt sei? Der Verleumder irrt sich aber in einem wesentlichen Punkt: sein Wunsch, daß er sich an Gerichtsstelle mit den Vegetariern auseinandersetzen könne, geht nicht in Erfüllung, dazu sei der Mann denn doch zu unbedeutend. Das vegetarische Schreiben schließt: „Ihnen aber, verehrliche Redaktion, wären wir für eine richtige stellende Notiz zu Danke verpflichtet. Es fällt niemandem ein, einen streng gläubigen Israeliten zu verhöhnen, wenn er die Speisegesetze Gottes befolgt, oder einen Katholiken, wenn er seine Fastentage innehält. Wie wären der Presse und speziell Ihrer geschätzten Zeitung deshalb doppelt verbunden, wenn auch Sie fernerhin die Versuche, unsere Bewegung oder Mitglieder derselben lächerlich oder verächtlich zu machen, dadurch vereiteln wollten, daß Sie derartigen Notizen die Aufnahme versagen.“

Wir freuen uns in der That, daß wir diesmal mit einem blauen Auge davongekommen sind, und werden uns zum Dank für so gnädige Behandlung hinfort alle Mühe geben, die freiwilligen Vegetarier so ernst wie möglich zu behandeln.

Die Frage des unfreiwilligen Vegetarismus, die alle jene Leute angeht, welche aus Noth gezwungen sind, trodenes Brot zu essen, diese Frage ist von uns ja stets mit bitterem Ernst behandelt worden.

Der Enthälter und sein Dienermann. Vorgefien brachten wir auf Grund eines vom Enthaltungs-Nordmader Fischer geschriebenen Briefes den Beweis, daß dieser arme Teufel unendlich selbst die Schwandelschrift über den „Werth der Sozialdemokratie“ verfaßt haben kann. Der Mann ist einfach nicht fähig, etwa in ihm vorhandene Gedanken druckerfertig zu Papier zu bringen und hat daher von einem Dienermann schreiben werden müssen. Jetzt erfahren wir, wer der Edle ist, der an der Verbreitung der Fischer'schen Verleumdungen die Mitschuld trägt. Es ist der aus dem Luchs-Prozess und was drum und dran hängt, bekannt gewordene Redakteur Dr. F. i. d. v. der „Post“; von der Hand dieses Herrn ist die Schwandelschrift geschrieben worden. Dieser interessante Umstand macht es erklärlich, daß die „Post“ in ihrer neuesten Nummer einen großen Reslancartitel für die Schrift bringt und ihr weiteste Verbreitung in Arbeiterkreisen wünscht. Das wäre ein Geschäft. Haben wir doch gleich gerathet, daß einer von Herrn v. Stumm's Untergebenen bei der Sudelei die Hand im Spiele haben müsse.

Die Eisenbahn-Baugesellschaft Vering u. Wächter beabsichtigt, eine Straßenbahn von Berlin über Rummelsburg nach Köpenick und Friedriehshagen herzustellen, während die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen in Berlin eine Straßenbahn von dem Silesischen Bahnhof und Stralau-Rummelsburg nach Stralau und von hier durch den im Bau begriffenen Spreetunnel nach Treptow und weiter nach dem Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal herzustellen beabsichtigt. Beide Gesellschaften sind dahin übereingekommen, nach der Betriebseröffnung eine gegenseitige Benutzung ihrer Linien zuzugestehen, so daß es möglich sein wird, von Köpenick über Ober-Schöneweide auf beiden Linien nach Berlin zu fahren, ferner auch eine Verbindung von Rummelsburg (Viktoria-Platz) an dem Bahnhof Stralau-Rummelsburg vorbei nach der Röhrenstraße und dem Schlesischen Bahnhof einzurichten.

Das fehlte noch gerade! Es wird berichtet: In einem der Nachtruhe der Apotheker, die gegenwärtig mitunter um unbedeutender Kleinigkeiten gestört wird, strebt man in den beteiligten Kreisen die Einführung einer neuen Todesbestimmung an. Nach dieser soll während der Stunden von 10 Uhr nachts bis 7 (im Sommer bis 6) Uhr früh bei Abgabe von Handverkaufartikeln ein Zuschlag von 50 Pf., bei Abgabe von Rezepten ein solcher von einer Mark erhoben werden. — So gerne wir den Apothekern ihre Nachtruhe gönnen, so sehr drängt sich die Frage auf, ob eine derartige Geschäftspraktik nicht als injame Halsabschneiderei zu bezeichnen wäre?

Eine fortlaufende Uebersicht über die Revisionsergebnisse in den Berliner Drogengeschäften beabsichtigt das Polizeipräsidium fortan zu veröffentlichen. Namentlich sollen die aus den Verhänden der hiesigen Drogen- und Gisthandlungen der amtlichen Vernichtungsstelle überwiesenen Arzneimittel zusammengestellt werden. Auf diese Weise soll eine für die Praxis brauchbare Liste der verbotenen Arzneimittel geschaffen werden.

Entwurzelt und zertrümmert wurden am Dienstag von dem Sturm zwei große Pappeln, die hinter dem Augusta-Hospital auf dem Gräbneracker an einem Wassergraben standen. Die beiden Stämme sind plötzlich umgelegt worden und mit solcher Gewalt auf den Boden gefallen, daß die Stämme in Stücke und Splinter auseinanderflogen.

Für den Professor der Musik Johannes R. gab sich ein älterer Herr aus, der in der Nacht zum Mittwoch in der Preuss-lauerstraße vor dem Hause 88 östlich und anscheinend krank aufgefunden und von einem Schuhmann in einer Droschke der Charitee inführt wurde. Die als in der Potsdamerstraße belegene angegebene Wohnung des vorgeblichen Professors hat in dem bezeichneten Hause nicht ermittelt werden können. Man kann daher weder die Richtigkeit des Namens feststellen, noch näheres über etwaigen den Zustand des Kranken zu Grunde liegende Thatsachen erkunden, noch auch etwaige Angehörige von dem Schicksal des Vermissten in Kenntniß setzen.

Ueber ein von einem Soldaten verübtes Nothverbrechen meldet die „Berl. Ztg.“: Von einem Soldaten wurde in der gestrigen Nacht der Handelsmann Späth aus der Friedenstraße 88 angefallen und übel zuerichtet. Späth war in Tempelhofer Gefängnis und begab

sich, da er keine Fahrgeldentlohnung hatte, zu Fuß nach Hause. Als er, quer über das Feld gehend, in der Nähe der Wache der Schießstände in der Hasenheide kam, trat ein Soldat, der mit einem Mädchen dort promenierte, auf ihn zu mit den Worten: „Was haben Sie hier zu suchen, machen Sie, daß sie fortkommen!“ Auf die Antwort: „das geht Sie nichts an“, zog der Soldat sein Seitengewehr und verlegte es mehrere Male über den Kopf. Auf das Hilfserufen des S. kam die Wache herauf, ging aber sofort zurück, als sie sah, daß ein Soldat mit einem Zivilisten in Streit gerathen sei. S. wurde später von Personen bei der katholischen Garnisonkirche gefunden und nach der 10. Sanitätswache gebracht. Hier erhielt er einen Nothverband und wurde dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. S. hat eine 8 Zentimeter lange Wunde an der linken Kopfseite und eine große Wunde an der Stirn. An der rechten Seite des Kopfes ist der Schädel ganz bloßgelegt. Sein Zustand ist hoffnungslos. — Das wäre ja eine saubere Feldentlohnung!

Der wegen Diebstahls und Körperverletzung zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnißstrafen verurtheilte Arbeiter Gustav Ulrich machte gestern Abend den Versuch, in der Thürische des Hauses Wendingerstr. 2 die elfjährige Tochter der in dem Hause wohnenden Wittwe F. an sich zu loden. Auf das Gesehre des Kindes ritt die Mutter herbei und drängte den Ulrich auf die Straße. Dieser griff jedoch die Frau sowohl wie auch den ihr zur Hilfe gekommenen Kaufher Franz Fleischmann an und bedrohte sie mit einem offenen Messer. Fleischmann hieb infolge dessen seinen Gegner mit einem Stock mehrmals über den Kopf, sodas er benimmungslos zusammenbrach. Ulrich wurde nach einem Krankenhaus gebracht.

Die Feuerwehr hat in diesem Jahre schon eine viel größere Anzahl Brände zu löschten gehabt, als im vorigen Jahre; es vergeht fast kein Tag, an dem nicht zehn und noch mehr Feuer zu bewältigen sind. Namentlich hat die Zahl der Dachstuhlbrände zugenommen. Am Dienstag brannte, wie schon gemeldet, der Dachstuhl Brannenstraße 187 und gestern früh der Dachstuhl Danzigerstr. 88. In beiden Fällen sind viele Miether hart betroffen worden. In den letzten acht Tagen brannten außerdem noch Dachstühle in der Anklamer-, Marienburger-, Joachim-, Memelerstraße u. s. w. In fast allen Fällen ist die Entsehungsurache nicht zu ermitteln gewesen, weshalb die Polizei den Dachstuhlbränden erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Im Interesse der Hauswirthe und Miether, von denen viele nicht versichert sind, wird es liegen, die Zugänge zu den Böden fest verschlossen zu halten und die Besucher der Böden besser zu überwachen, um sich vor Schaden zu schützen. — Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern Vormittag um 9 Uhr durch Explosion einer Petroleumlampe in einem Lagerraum der Glasfabrik von E. Diebe, Wilhelmstr. 34, zum Ausbruch. Die Flammen fanden an Stroh und Packstücken reiche Nahrung, so daß in kurzer Zeit der Lagerraum, ein Keller unter einem Lichthof auf dem dritten Hofe, ein Flammenmeer bildete. Alle direkten Zugänge waren durch Qualm und infolge der Banart des Hauses gesperrt. Vom ersten Hofe aus mußten die mit Rauchhelmen ausgerüsteten Kohlführer durch einen engen Kellerhals gegen den Brandherd vorrücken, bis sich noch ein Zugang über einen anderen Hof und durch eine Tischlerei fand. Es gelang schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Im Krankenhaus gestorben ist der Kaufher Hermann Quaschnig, der am 4. d. M. als Führer eines Niedrigwagens in der Frankfurterstraße von dem Wagen fiel und unter sein Gespann gerieth. Ansehend hatte er geschlafen.

Nach Unterschlagung von 10 000 M. ist der 28 Jahre alte Kassirer Arthur Jahn flüchtig geworden. Er stammt aus Kolberg und wohnte zuletzt in Schöneberg. Jahn ist ein schwächlicher Mann mit krauskoltem Aussehen; er trug zuletzt einen graugelben Sommer-Überzieher, einen dunkelgrauen Jacket-Kuzig und einen schwarzen Schlapphut.

Die Umwandlungsarbeiten im Circus Reuz schreiten derart fort, daß die Eröffnung des „Neuen Olympia-Riesen-Theaters“ Ende Oktober stattfinden wird. — Zur Ausführung gelangt, wie nunmehr feststeht, Polosky Kiralsky's „Niesen-Ankündigungsspiel „Konstantinopel“.

Theater. Das Schiller-Theater zeigt für morgen, Freitag, die erste Aufführung von Augener's „Bauernkomödie „Die Kreuzschreiber“ in folgender Besetzung der Hauptrollen an: Anton Huber: Ludwig Reuter, Josepha: Clothilde Barth, Steinklopperbanus: Max Patagay, Weit: Carl Dahlen, Marthe: Agnes Werner, Fiesel: Grete Meyer, Altknecht: Max Laurence, Breuninger: Julius Egen, Michl: Willy Frohde, Poisl: Eduard v. Winterstein, Sepp: Otto Pahlau, Rosl: Trude Vode. — Heute findet eine Wiederholung von Grillparzer's „Weh dem, der lügt“ statt. — Apollo-Theater. Die Direktion hat die indische Sängerin „Prinzessin Pocahuntas“ für ein kurzes Gastspiel gewonnen, heute erfolgt das Debut.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Sämmtliche nicht verkauften Billets zu der am Sonntag, den 19. September, in der Urania stattfindenden Vorstellung sind spätestens bis Sonnabend, den 11. September, 9 Uhr, an den Kassirer des Wahlvereins, Genossen Böhre, Krummstr. 19, zurückzugeben. Gleichzeitig hat die Abrechnung der verkauften Billets stattzufinden. Alle bis zum Sonnabend nicht abgegebenen Billets werden als verkauft betrachtet. Der Vorstand des Wahlvereins.

Kingled. Von einem Unfall wurde hier der Arbeiter Kingled aus Berlin betroffen. Um von der Reuterstraße nach der Röhrenstraße zu gelangen, überschritt R. ein Bauernrain und stürzte hierbei in eine Grube, wobei er sich beide Beine brach. Der Unglückliche wurde nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht. — Einen Unfall größter Art vollführten in einem hiesigen Lokal mehrere Männer: Dieselben führten einen Kinderwagen bei sich, den sie neben den Tisch hinstellten, an welchem sie saßen. Nach einer Weile erhob sich einer der Männer, ergriff den Saug und schwenkte damit hin und her, bis er denselben plötzlich zum Entsetzen der übrigen Gäste fallen ließ. Der Saugdeckel sprang beim Aufschlagen auf dem Erdboden ab und heraus tuzelte eine große — „Dummkohle!“ Inzwischen hatten die Begleiter des Saugträgers die allgemeine Aufregung bemerkt und waren ohne Bezahlung der Juche verschwunden. Zwei der Beteiligten sind bereits ermittelt und zur Anzeige gebracht worden. — In der Hasenheide wurde am Mittwoch früh gegen 7 Uhr ein fährlicher Straßenseger von einem Wagen der Union-Bräueret so unglücklich überfahren, daß ihm ein Bein zer-malmt wurde. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein Fall von Prügelpädagogik hat in Kremmen (Ost-havelland) große Aufregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Der Unwille richtet sich gegen den dortigen Nachmittagsprediger Lorbeer, der gleichzeitig Rektor der Schule ist.

Der 8jährige Sohn des Bauers Karl Janschewsky, ein sehr schwächlicher Knabe, der auch augenkrank ist, war beschuldigt, in einer Wohnung, zu der er Zutritt hatte, einen Thaler gestohlen und das Geld verbracht zu haben, die Eltern, die durchaus ordentliche Leute sind, konnten trotz eifriger Nachforschens keine Klarheit in die Angelegenheit bringen. Nun wurden auch vom Lehrer Ermittlungen in der Sache angestellt und daher ging der Vater am 23. August zum Kantor Weilling, um ihn von seinen vergeblichen Bemühungen Mittheilung zu machen. Da der Lehrer anscheinend von der Schuld des Knaben überzeugt war, erklärte der Vater ausdrücklich, daß er eine etwaige Fälligung des Knaben nicht in der Schule wünsche. Der Lehrer antwortete ihm, in der Schule mache er was er wolle, da lasse

er sich keine Vorschriften machen. Janschewsky hatte kaum die Schule verlassen, als der Rantor auch schon den Knaben züchtigte. In dem Augenblick trat der Prediger und Rektor Lorbeer das Zimmer. Darauf hielt der Rantor den Knaben an Kopf und Weinen fest, während der Pastor mit dem Stock kräftig auf den Jungen losschlug. Die Schulkameraden wollten 80 Dine geblöht haben. Der Arzt, der den Knaben untersuchte, hat 40-48 starke Striemen festgestellt. Trotz des heftigsten Jammers setzte dieser Geistliche die furchtbare Prügelprozedur fort; ja, er schlug auch noch, als der Knabe infolge des übergroßen Schmerzes fast bewußtlos geworden war und nicht mehr schrie. Die Behandlung des Kindes war eine derartige, daß fast sämtliche Schüler der Klasse weinten. Gleich nach der Prügelzene mußte der Knabe nach Hause geschickt und ärztliche Hilfe geholt werden. Noch jetzt ist er in Behandlung des Arztes. Mehrere Tage konnte das Kind sich nicht fähren, auch konnte es kein Wasser ablassen; wann der Schulbesuch wieder aufgenommen werden kann, ist nicht abzusehen. Die Aufregung in der Bevölkerung des Ortes ist eine außerordentliche; Der Bürgermeister ersuchen infolge dessen in der Wohnung der Eltern, um sich von dem schlimmen Zustande des Knaben zu überzeugen. Dem Seelsorger und rohen Prügelpädagogen ist ob seiner Heldenthat auch bald ängstlich geworden. Am Abend der That noch erschien er ansehend tief gebeugt in der Wohnung, um Abbitte zu thun. Als sich die Nachricht davon in der Nachbarschaft verbreitete, sammelte sich eine ziemliche Menschenmenge vor dem Hause, die ihrem Unwillen in nicht mißzuverstehender Weise Luft machte und nicht abel Luft hatte, etwas Danksagung zu sagen. Bis abends 11 Uhr saß der Mann in der Krankenstube, ehe er nach Hause ging. Wohl um den Vater abzuhalten, Strafantrag zu stellen, schrieb er an denselben folgenden Brief:

Kremmen, den 27. August 1897.

Lieber Herr Janschewsky!

Um nicht die Ruhe Ihres Söhnchens zu stören, habe ich mich von Ihnen fern gehalten, so schwer mir dieses auch wurde. Nun habe ich mir noch eine Bitte an Sie: bitte seien Sie so freundlich, und kommen Sie nur auf einen Augenblick zu mir heran. Sie werden dann sehen, daß ich selber die empfindlichste Sühne wünsche. Mit den besten Wünschen

Ihr ergebener E. Lorbeer.

Da Janschewsky der Aufforderung nicht Folge leistete, kam der Herr dann am andern Tag in die Wohnung, traf aber den Mann nicht. Daß er da den so furchtbar mißhandelten Knaben mit „mein süßer Junge“ anredete, sei der Kuriosität wegen erwähnt.

Die Blätter am Ort schweigen sich über die Heldenthat des geistlichen Herrn vollständig aus.

Die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft beabsichtigt in der Veljeigerstraße zu Schöneberg ein Wagendepot zu errichten. Auf Veranlassung des Direktors der neuen Schöneberger Realschule ist eine Petition an den dortigen Gemeindevorstand gerichtet worden, in welcher darum gebeten wird, die Insektion eines Depots an jener Stelle nicht zu gestatten, weil unmittelbar gegenüber das neue Realschul- bezw. Gymnasial-Gebäude seinen Platz erhalten soll.

Einen Unstigen Ausgang hat eine Berliner Kremspartie genommen, die am Sonntag in Schildhorn weilte. Abends, als man sich zum Aufbruch rüstete, entbrach auf dem Wagenplatz zwischen den Theilnehmern eine heftige Schlägerei, bei der auch die Zuschauer mit eingriffen. Das Messer spielte auch wieder eine unheilvolle Rolle, mehrere Personen sind erheblich verletzt worden. Die Wundärzten machten schließlich dem Kampf ein Ende und arretirten den Hauptthäter.

Infolge des Genußes giftiger Pilze sind in Spandau Sonntag und Dienstag zwei Arbeiterfrauen, Senebusch und Klein, gestorben; die Leichen sind von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, um analysirt zu werden; einige andere, unter den gleichen Anzeichen erkrankte Personen befinden sich auf dem Wege der Besserung. Die Pilze sind, soweit ermittelt, von einer Handelstfrau gekauft worden, deren Name unbekannt ist.

Vier Eigenweiber der Peternann'schen Bande waren bei ihren Streifzügen durch das Havelland im Sommer wegen verschiedener Vergehen verhaftet und im Spandauer Amtsgericht eingeliefert worden. Gegen eine Kaution von 20-50 M. pro Person, die ihr Hauptmann erlegte, wurden sie damals wieder auf freien Fuß gesetzt. Da sie sich aber zu dem kürzlich stattgehabten Hauptverhandlungstermin vor dem Schöffengericht nicht eingefunden hatten, werden sie jetzt rechtlich verfolgt.

Soziale Rechtspflege.

„Lehrlingsausbildung“. In diesem Kapitel liefert der Rechtskritiker, den Fräulein J. gegen die Modistin Wigge beim Gewerbeamt angestrengt hatte, einen beachtenswerthen Beitrag. Die Klägerin, die durch ihren Vater vertreten wird, hat annähernd sechs Monate lang bei der Beklagten gelernt, wofür er während von 18 Mark gezahlt wurde. Der Vertreter der Klägerin fordert nun für sie die Rückzahlung der Hälfte des Lehrgeldes und außerdem einen angemessenen Lohn für die Dauer der Verzeitr, der auf 88 Mark berechnet wurde. Zur Begründung machte er geltend, die Beklagte habe die im mündlichen Lehrvertrage übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt, sondern die Klägerin, die das Nähere bereits verstanden habe, fast ausschließlich als Arbeiterin benützt. Wegen der letzten Thatsache fordere er den Lohn. Vom Beginn der sogenannten Lehre sei zwischen der Mutter des Mädchens und der Beklagten ausdrücklich vereinbart worden, daß Fräulein J. die Damenbeschäftigung, insbesondere aber das Ufuzzeichnen, Maschinieren und Zuschneiden perfekt erlernen solle. Auf die letztgenannten wichtigen Einzelheiten habe die Beklagte fast gar keine Mühe verwandt. An einem einzigen Tage sei der Klägerin das Maschinieren und Zeichnen gezeigt worden. Am anderen Tage habe sie dasselbe noch einmal machen müssen. Die Beklagte behauptete natürlich, eine gute Lehrmeisterin gewesen zu sein. Als Zeugin wird ein junges Mädchen vernommen, das 14 Tage vor dem Abgang der Klägerin bei Frau Wigge in die Lehre getreten ist. Die Zeugin bezeugte nun allerdings, daß die Klägerin in diesen letzten vierzehn Tagen ihrer Lehre verschiedenen Einzelheiten an Kostümen gearbeitet habe, wie sie gerade vorkamen; über den Unterricht im Maschinieren und Zeichnen konnte Zeugin nur aussagen, daß es an zwei Tagen gelehrt worden sei. Es ist das die von der Klägerin gemeintem Tage. Ihr Vertreter betonte hierauf, daß ein derartiges Verfahren sich nicht mit dem Begriff einer ordnungsmäßigen Lehre deckt. Eine solche bestehe nach handelsmäßigen Brauch in dauernder Übung, und an der habe es hier gefehlt. Er machte sich ansehnlich, zu beweisen, daß bei Abschluß des Lehrvertrages ganz besonders auf die gründliche Ausbildung in Musterzeichnen und Zuschneiden Werth gelegt wurde. Selbstverständlich erklärte der Vorsitzende Hellwig diesen Nachweis für unerheblich und fällt namens des Schöffengerichtes folgendes Urtheil: Die Klägerin wird abgewiesen. Der Gerichtshof habe die Ueberzeugung gewonnen, hauptsächlich auf Grund der Zeugenansage (?), daß die Beklagte ihre Pflichten nicht grob vernachlässigt hat. Nur bei groben Verstößen könne aber die Rückzahlung des Lehrgeldes verlangt werden. Solche würde z. B. vorliegen, wenn das Mädchen vorwiegend zu Botengängen oder zu alten Flickereien verwandt worden wäre. Die Beklagte sei indessen ihren Verpflichtungen nachgekommen, soweit dies verlangt werden könne. Die Lohnforderung sei auf jeden Fall hinwiesig, weil es sich um ein Lehrverhältnis handele. Obige Entscheidung muthet in mehr als einer Hinsicht sonderbar an. Am meisten ist aber unverkennlich, wie so der Beweisanspruch des Herrn J. unerheblich sein soll. Läge doch nach unserer unabweiglichen Meinung ohne Zweifel ein Vertragsbruch vor, wenn eine gründliche Ausbildung in Musterzeichnen und Zuschneiden ausbedungen worden wäre. Denn eine zweifelhafte Übung ermöglicht keine gründliche Ausbildung in diesen Fertigkeiten.

Einen Restlohn von 8 Mark beanspruchte der Gipsformer N. vom Bildhauer Cergloff. Die Kammer III des Gewerbe-

gerichts hatte sich mit der Forderung zu beschäftigen, da Cergloff es ablehnte, freiwillig etwas zu gewähren. Beklagter lieferte sich darauf, daß er gleich beim Beginn der Arbeit gesagt habe, wenn sie nicht zur Zufriedenheit des Bauherrn ausfalle, dann zahle er nichts dafür. Die Arbeit habe nun auf Verlangen des Bauherrn noch einmal gemacht werden müssen. Ein Brief des Bauherrn, der dem Gerichtshof vorgelegt wird, bezeugt dies. Der Kläger konnte nicht bestreiten, daß C. ihm die eventuelle Nichtbezahlung der Arbeit in Aussicht gestellt habe; er meint aber, seine Arbeit sei brauchbar gewesen. Ohne Beweis zu erheben, wies der Gerichtshof den Kläger ab. Wie die Verhandlung ergebe, habe der Kläger nicht widersprochen, als ihm gesagt wurde, er werde keine Bezahlung erhalten, wenn seine Arbeit dem Bauherrn nicht passe. Es sei somit anzunehmen, daß er mit dieser Bedingung einverstanden gewesen sei. Die fragliche Voraussetzung ihrer Erfüllung sei nun eingetreten, der vorgelegte Brief beweise es. Unter diesen Umständen erübrige sich jedes weitere Eingehen auf die Güte der Arbeit.

Assessor Hellwig als Gewerbegerichts-Vorsitzender. Ein überaus merkwürdiges Urtheil hat die Kammer V des Gewerbegerichts gestern unter dem Vorsitz des Assessors Hellwig zuwege gebracht. Der Metallgießer W. verlangte von dem Unternehmer Israel eine Lohnerschädigung mit der Begründung, daß er am 3. August zum folgenden Tage von Israel engagirt, dann aber nicht eingestellt worden sei. Israel bestritt dies. Sein Buchhalter, der am 5. August früh im Komptoir des Beklagten sich aufhielt, als letzterer dort mit dem Kläger eine Unterredung hatte, bezeugte als Zeuge, Kläger habe dabei nur eine vorübergehende Hilfeleistung vom 3. August erwähnt und nichts von seiner Einstellung gesagt. Der Zeuge des Klägers sagt dagegen trotz wiederholter Verwarnungen des Vorsitzenden mit großer Bestimmtheit aus, der Beklagte habe am dritten August an anderer Stelle zum Kläger gesagt, er könne zunächst einmal Gnade tragen heißen und möge dann am nächsten Tage zu ihm ins Geschäft kommen, er, Beklagter, brauche noch jemand. Zeuge erklärt, dies beschwören zu können. Der Kläger wollte dann noch etwas zur Klarsstellung ansprechen, wurde aber vom Vorsitzenden kurzerhand unterbrochen. Während die Richter sich erheben und in das Verathungszimmer abtreten, betont Kläger, daß er schon am vierten August bei Israel gewesen sei und mit ihm über das Engagement gesprochen habe. Da sei der Buchhalter nicht zugegen gewesen. Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Es möge ja sein, daß Beklagter die vom Zeugen des Klägers bezeugte Aeußerung oder eine ähnliche am 3. August gethan habe. Jedemfalls stehe aber aus Grund der Aussage des Buchhalters des Beklagten fest, daß Kläger bei der betreffenden Unterredung kein Wort von einem Engagement gesprochen und seine Einstellung nicht verlangt habe. Somit müsse (?) angenommen werden, daß ein solches Engagement überhaupt nicht stattgefunden hat.

Ueber die Unfallversicherung der Landwirthe bei gegenseitigen Hilfeleistungen läßt sich eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes in bemerkenswerther Weise aus. Der Landwirth Hülker, der zugleich die Fischerei betreibt, begleitete im November 1895 seinen Schwager Hermann auf dessen Wagen nach einem Nachbarorte. Hermann schaffte dorthin eine Dreschmaschine, die ihm zum Ankauf für seine Landwirthschaft vom Aktionair L. zugekauft worden war. Hülker sollte ihm beim Abladen der Maschine behilflich sein. Nachdem diese Arbeit erfüllt war, kaufte sich Hülker noch einen Beschlag für seine Fischerei und wollte dann den Wagen des Schwagers wieder besteigen, um nach Hause zurückzufahren. Hierbei verletzte er sich an einem Nagel das rechte rechte Bein. Für die infolge davon eingetretene Erwerbsunfähigkeit beanspruchte er demnach eine Unfallrente. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen seinen Antrag ab und das Reichs-Vericherungsamt erkannte als Letztgericht ebenfalls zu seinen Ungunsten. Es führte aus: Die Behauptung des Klägers, er sei am fraglichen Tage als Arbeiter in dem Betrieb seines Schwagers eingetreten gewesen, könne als nicht haltbar nicht erachtet werden. Allerdings könne dieselbe Person Unternehmer eines Betriebes und Arbeiter eines anderen Betriebes sein; beide Eigenschaften schließen nicht unbedingt einander aus, auch wenn es sich nur um eine vorübergehende gegenseitige Hilfeleistung ohne Entgelt handle. Voraussetzung sei aber stets, daß der betreffende Unternehmer wirtschaftlich einem Arbeiter gleich stehe. Seine ganze wirtschaftliche Stellung, sowie Art und Umfang des Betriebes müßten in betracht gezogen werden. Kläger sei nun zur Zeit des Unfalls Unternehmer einer Landwirthschaft von 9 Hektar und einer Fischerei gewesen, habe ein Pferd, vier Stück Mindervieh und drei Schweine gehalten und aus beiden Betrieben ein Einkommen von mehr als 900 M. bezogen. Bei dieser wirtschaftlichen Lage des Klägers könne das Reichs-Vericherungsamt ihn einem Arbeiter nicht gleichstellen. — Falsch sei ferner die Annahme, daß der Unfall als ein solcher angesehen werden könnte, den der Kläger in seinem eigenen landwirthschaftlichen Betriebe erlitten habe. Wichtig sei ja, daß landwirthschaftliche Verrichtungen, die ein Landwirth mit seinem landwirthschaftlichen Personal und seinen Gespannen einem anderen Landwirth aus nachbarlicher Gefälligkeit leistete, vom Reichs-Vericherungsamt öfter wegen der eigenartigen Verhältnisse auf dem Lande als landwirthschaftliche Betriebsbetriebsleistungen seines eigenen Betriebes erachtet worden seien. Dann habe es sich aber in der Regel um die Zubehörmittel von Einrichtungen des landwirthschaftlichen Betriebes, zum Beispiel des Fuhrwerks und des Gespanns gehandelt. Unter besonderen Umständen könnten nun zwar Gefälligkeitseinstellungen, die in persönlichen Diensten beständen, noch dem eigenen landwirthschaftlichen Betriebe desjenigen, der diese Dienste leistet, zugerechnet und als mit ihm verbunden betrachtet werden. Die Gefälligkeit des Klägers indessen, die sich außerhalb des östlichen Bereiches sowohl seines eigenen Betriebes wie auch des Betriebes seines Schwagers vollzog, sei so hauptsächlich von Natur, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen ihr und dem landwirthschaftlichen Betriebe des Klägers nicht ausreichend erkennbar sei.

Gerichts-Beilage.

Prüfgeleiten unter Gebildeten sind immer eine bedenkliche Störung der öffentlichen Ordnung, die strenge zu bestrafen ist. Auf diesen Standpunkt stellte sich gestern die 6. Section Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher der stud. chem. Hans Kautel und sein Bruder Harry Kautel unter der Anklage der Körperverletzung zu erscheinen hatten. Beide Angeklagte haben eines Abends in der Potsdamerstraße eine lärmende Szene aufgeführt. Ein früherer Bekannter von ihnen, der sich mit ihnen einzuweit hatte, begleitete an jenem Abend eine junge Dame die Potsdamerstraße entlang. Als er bei den beiden Angeklagten vorbeikam, gab es spöttische Redensarten, es kam zum Wortwechsel und schließlich zu Handgreiflichkeiten, wobei die beiden Angeklagten mit Spatierstöcken bezw. mit der flachen Hand auf ihre Gegner einschlugen. Die Folge dieser Szene war, daß die drei dabei thätig gewesen jungen Leute auf die Anklagebank des Schöffengerichts wandern mußten. Letzteres sprach den Geschlagenen, der sich seiner Haut gewehrt hatte, frei, verurtheilte dagegen den schon einmal mit 600 Mark verurtheilten Studenten K. zu zwei Monaten Gefängniß, den zweiten Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe. In der Berufungsinstanz plaidirte Rechtsanwalt Leonh. Friedmann in eindringlichen Worten für eine wesentliche Herabminderung der Strafe, indem er auf die Folgen hinwies, die durch eine Freiheitsstrafe für den ersten Angeklagten erwachsen müßten, der vielleicht unter Mißvernehmung der Rechte der akademischen Freiheit der Meinung sein möchte, daß bei solchen von Jugendkraft überschäumenden jungen Leuten auch eine gelegentliche „Polizei“ nicht zu schwer ins Gewicht fallen dürfte. (Wer kümmert sich bei den Arbeitern um die Folgen solcher Strafen? D. N.) Das Gericht billigte dem ersten Angeklagten, der wohl gereizt worden war, zwar mildernde Umstände an, glaubte aber doch, zu einer

Freiheitsstrafe greifen zu müssen, weil nach seiner Ansicht gerade bei gebildeten Leuten solche Exzesse schwerer zu ahnden seien und der akademischen Jugend ernstlich zu Gemüthe geführt werden müsse, daß solche Prügelgeleiten auf offener Straße unter keinen Umständen geduldet werden. Die Strafe des ersten Angeklagten wurde auf 14 Tage Gefängniß herabgemindert, die Verurteilung des zweiten Angeklagten verworfen.

Ein bedauernderwerther Angeklagter stand gestern in der Person des 54jährigen Photographen Paul Mangold vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts. Er war beschuldigt, die Krankenliste der Photographen am 25 M. geschädigt zu haben, indem er sich zweimal die Krankenunterstützung von wöchentlich 14 M. hatte auszahlen lassen, obgleich er während dieser Zeit erwerbsfähig gewesen und wöchentlich 15 M. Verdienst gehabt haben soll. Der Angeklagte räumte dies ein, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß er nur versuchsweise die Stellung eines Stadtreisenden angenommen habe, um etwas zu verdienen. Er habe umsonstiger geglaubt, die der Krankenkasse anzeigen zu müssen, da es ihm nicht gelungen sei, ein einziges Geschäft abzuschließen, weshalb ihm bereits nach der ersten Woche wieder gekündigt worden sei.

Der Arzt, welcher den Angeklagten behandelt hat, bezeugte, daß derselbe seit Februar an einer unheilbaren Nervenkrankheit leide, die ihn völlig erwerbsunfähig mache. Das Schwernögen des linken Auges sei infolge der Krankheit völlig, das des rechten Auges zur Hälfte erloschen. Er meine nicht, daß der Angeklagte für das von ihm begangene Unrecht verantwortlich gemacht werden könne, da dessen geistige Fähigkeiten ebenfalls schwer gelitten hätten.

Auf Grund dieses Gutachtens in Verbindung mit dem Ergebnis der übrigen Beweisaufnahme fällt der Gerichtshof nach dem Antrage des Staatsanwalts ein freisprechendes Urtheil.

Ein für die Geschäftswelt wichtiges Thema: „Das Recht der Handlungsgehilfen in der Zeit vom 1. Januar 1898 bis zum 1. Januar 1900“, behandelt der bekannte Kommentator des Handels-Gesetzbuches, Rechtsanwalt Staub, in der „D. Jur. Ztg.“ Das neue Handels-Gesetzbuch tritt am 1. Jan. 1900 zugleich mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft. Ein Theil davon, der Abschnitt über die Handlungsgehilfen, soll aber bereits am 1. Januar 1898 zur Geltung gelangen. Man wollte den Handlungsgehilfen die im neuen Handels-Gesetzbuche enthaltenen Vortheile ihrer rechtlichen Stellung möglichst schnell zu gute kommen lassen. Deshalb nahm die Reichstags-Kommission folgenden Abs. 2 zu Art. 1 des Einführungs-gesetzes zum H.-G.-B. an: „Der sechste Abschnitt des H.-G.-B. tritt mit Ausnahme des § 66 am 1. Januar 1898 in Kraft.“ Reichstag und Bundesrath stimmten dem zu. Es tritt hiernach nur der sechste Abschnitt des neuen Handels-Gesetzbuches vorgeitig in Kraft. Soweit diese Vorschriften für die Beurtheilung der in Frage kommenden Verhältnisse nicht ausreichen, insbesondere soweit zivilrechtliche Bestimmungen über den Dienstvertrag subsidiär anzuwenden sind, sind bis zum 1. Januar 1900 nicht die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, welches ja erst am 1. Januar 1900 in Kraft tritt, anwendbar, vielmehr finden in dieser Zwischenzeit die Bestimmungen des neuen Handels-Gesetzbuches über die Handlungsgehilfen ihre Ergänzung durch das bisherige bürgerliche Recht. Das gilt insbesondere von der rechtlichen Natur des Dienstvertrages u. s. w. Wo sonstige handelsrechtliche Bestimmungen in Frage kommen, kommt in der Zwischenzeit das alte, nicht das neue Handels-Gesetzbuch in Anwendung. — Ein eigenthümliches Zwischenrecht! Ueber-gangsbestimmungen sind für diese sechsten Abschnitt nicht gegeben. Es fehlt jede Vorchrift darüber, welche Bestimmungen maßgebend sein sollen für die am 1. Januar bestehenden Handlungsgehilfen-Verhältnisse. Unter Hinweis auf Artikel 170 und 171 des Einführungs-gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch führt Dr. Staub aus, daß für die am 1. Januar 1898 bestehenden Dienstverhältnisse zunächst die bisherigen Gesetze maßgebend bleiben. Wenn sich aber das Dienstverhältnis unter der Herrschaft des neuen Rechts fortsetzt, obwohl unter Zugrundelegung des alten Rechts eine Kündigung zulässig war, so ist vom Zeitpunkt der solchergehalt eingetretenen Fortsetzung des Dienstverhältnisses das neue Recht maßgebend. Soweit endlich die Vorschriften öffentlich-rechtlicher Natur oder unabweigbar sind, treten sie sofort am 1. Januar 1898 in Wirksamkeit ohne Rücksicht auf diese Kündigungsfrage. Dies gilt namentlich auch von den in § 62 des neuen H.-G.-B. behandelten Pflichten des Prinzipals für das neue bürgerliche und geistige Wohl der Handlungsgehilfen. Handelt der Prinzipal diesen Vorschriften zuwider, so hat er Schadensersatz zu leisten und zwar nach den §§ 842-846 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hiermit sind fünf Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, obwohl dieses selbst erst am 1. Januar 1900 in Kraft tritt, heraufgerufen worden, um für die Zwischenzeit entsprechende Anwendung zu finden. Die Kaufleute werden gut thun, sich mit allem am 1. Januar 1898 unter allen Umständen in Kraft tretenden Bestimmungen genau vertraut zu machen.

Ein sonderbarer Heißiger ist der Handlungsgehilfe Wallach aus Charlottenburg, der gestern unter der Anklage des Betruges und der Unterschlagung dem Schöffengericht aus der Untersuchungs-haft vorgeführt wurde. Die Spezialität des jungen Mannes scheint es zu sein, sich unter der Maske eines Studenten an die akademische Jugend heranzudrängen und in diesen Kreisen Gelegenheit zu allerlei thürischen Streichen zu suchen. So hatte er sich eines Abends einen Studienlohn, dessen Kneipbekanntschaft er gemacht hatte, als cand. mod. Wallach vorgestellt und mit ihm eine Bierreise unternommen, die erst spät nachts in einem Cafe endete. Er erklärte dann, daß der Weg nach Charlottenburg so mitten in der Nacht doch recht un bequem sei und wolle den Studenten zu bewegen, daß er ihn in seiner Bade-Kamerquartier abhole. Wallach, der über medizinische Dinge recht leicht zu plaudern verstand, ließ sich die Gastfreundschaft dankbar gefallen, war auch nicht böse darüber, daß die Wirthin ihn mit einem Morgenimbis bedachte und empfahl sich endlich, nachdem er vernommen, daß sein neuer Freund am nächsten Tage mit mehreren Kommilitonen einen Ausflug machen wolle. In der Abwesenheit des Studenten erschien der Angeklagte am nächsten Tage in selbstsamem Aufzuge bei der Wirthin des letzteren. Er trug einen völlig verbundenen Kopf, als ob er eine Menstrur durchgemacht habe, und bat die Wirthin, ihm Zutritt zum Zimmer „seines Freundes“ zu gewähren, da er sich „sein“ dort befindliches Cerevis holen müsse. Die Wirthin, die ihn erst Tags vorher bei ihrem Zimmerherrn gesehen, trug kein Bedenken, ihm Zutritt zu gewähren, und mit dem Ueberzieher des Studenten und dessen Verbindungsbund und Mütze geschmückt verließ der Angeklagte die gastliche Stätte. Er gefiel sich dann darin, mit dem Trödel von studentischen Abgängen die Straßen Berlins zu durchwandern, bis ein Wirthalied der betr. Verbindung, der ihn begegnete und sich darüber wunderte, einen wildfremden Menschen mit den Verbindungs-farben geschmückt zu sehen, ihn festnehmen ließ. Was der Angeklagte mit diesem Nummern-schmuck eigentlich bezweckt hat, ist sein Geheimniß geblieben. Er gab diese Aneignung fremden Eigenthums zu, wehrte sich aber um so energiger gegen die Thäterschaft in anderen Fällen, in denen ihm Schwindeltrug gegen Studenten zur Last gelegt wurden. In einem solchen Falle sollte er sich einem Westfalen attachirt, sich als Landmann ausgegeben, viel von der „gemeinschaftlichen Heimath“ geplaudert und schließlich dem jungen Mann 5 M., die er am nächsten Tage zurückzahlen wollte, abgenommen haben. Da sich die Jünger für diese angeblichen Straßentäter zur Zeit in Münster befinden, mußte die Verhandlung vertagt werden, der Gerichtshof entließ aber den Angeklagten aus der Untersuchungs-haft.

Im Februar dieses Jahres war eines Tages der Kassier der Zahlstelle Rixdorf des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, der Tischlergeselle Karl Bierling, mit den Kassengebern verschwunden. Auf erstattete Anzeige wurde hinter dem frähtling ein Strohbrief erlassen, worauf Bierling in Rattow ermittelt wurde. Am Dienstag sollte er sich vor dem Rixdorfer Schöffengericht wegen Unterschlagung verantworten; er war jedoch wegen der weiten Ent-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 9. September.
Neues Kgl. Operntheater (Kroll).
Bajazzo Cavalleria rusticana.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Rosenkranz und Gräfindegen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Kora.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Renaissance.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Abu Seid. Hierauf: Das zweite Gesicht.
Neues. Der Stellvertreter.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Coccaccio.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. 'Woh' dem, der lügt.
Anfang 8 Uhr.
Luise. Geschwister Fiebig.
Anfang 8 Uhr.
Reichens. Die Einberufung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshütisches.
Das vierte Gebot.
Thalia. Luftballot Origoletti.
Vorher: Taubfisons Hochzeit.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin.
Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Spezialitäten.
Anf. 8 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Woh dem, der lügt.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Zum ersten Male: Die Kreuzschreiber.**
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: **Erstes Schauspiel des Hänel und Gretel. Entendes Geheimnis. Sely: Hänel und Gretel. Mischspiel in 5 Bildern.** Abends 8 Uhr: **Die Kreuzschreiber.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Donnerstag, den 9. September,
abends 8 Uhr: **Sum 10. Male:**
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in 3 Akten
von Oscar Wagner und Hugo
Kahler.
Anf. von Fritz Krause.
Billetverkauf im Invalidenpark,
Unter den Linden 24
an der Kasse von 11-1 Uhr.
Am Sonntag, den 12. September,
nachmittags 3 Uhr:

Die Räuber
Halbe Kassenpreise!

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Donnerstag, den 9. September 1897:
Emil Thomas a. G.
Sum 5. Male:
Novität! Berliner Fahrten.
Beste Kundhaltungsposse mit Gesang
und Tanz in 6 Bildern von Julius
Freund und Wilhelm Mannsdorf.
Anf. von Jul. Glindbocher.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorher und die folgenden Tage:
Berliner Fahrten.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Prinzessin Pocahuntas
(Die indische Nachtigall).
Brothers Sorra. The Burnells.
Der Affe
als Luftgymnastiker
Griffin u. Dabois. Mr. Obrotkenn.
Die 9 Heinzelmännchen
Joseph Pholles
Pantomimen-Troupe
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

I. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-
Theater
in Kaufmann's Variété
(Direktion Gebr. Bernfeld)
Eine besondere
Spezialität auf dem Ge-
biet des Theater-
lebens bilden die mit
unbeschreiblichem Erfolge
aufgenommenen
Original-Novitäten:
Ein Abend im Wintergarten
und
Im Atelier.
Ueberraschende Sujets.
Ferner Auftreten der Humo-
risten Theodor Lippardt,
Dr. Guido Steinits, Original-
Räpandé, **Theodor Glese.**
Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Vorstellung 1/2 Uhr.
Die ausgearbeiteten Vorsugs-
karten haben auch für die
folgenden Vorstellungen
ihre Gültigkeit.

Urania
Tanbenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl.
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab. Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl.
Theater abends 8 Uhr.
Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedeu-
tendsten Fuss-
ball-Künstler
der Welt
Monag Toon.
Vorst. 12, 5, 7
und 9 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdig-
keit des ablaufenden Jahr-
hundert ist wieder da!!!
Neu! Los Maestro Liberti,
5 Herren, 2 Damen.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weis.
Bestes Schauspiel
Sum 98. Male:
Unsere Reichspost.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten
von R. Kneifel. Musik von C. Schürer.
Anfang 8 Uhr.
Von 8 Uhr an: **Gr. Frei-Konzert.**
Sonntag zum 100. Male: **Unsere**
Reichspost. Billets von heute ab.
Sonntag nachmittags erste Nach-
mittags-Vorstellung: **Berlin, wie**
es weint und lacht. In Vor-
bereitung: **Jugendbrünnen**, oder:
Neu-Nummelburg. Charakteristisches
Zeitgemäße mit Gesang und Tanz
von F. J. v. Berg.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Wochentags
7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag
30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal)!

Täglich:
Stelliner Sänger
(Meyzel, Pietro,
Weitron, Sieidl,
Arone, Nöhl,
Schneider
und Schrader.)

Zum Schluss:
Strampelbrüder.
Ensemble von Meyzel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. und Familien-
Billets à 1 M. nur im Vorverkauf.
(Siehe Plakate.)
Heute nach der Sekre:
Tanz-Fränzchen.
Fahrer können ein-
gestellt werden.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
I. Rang u.loge 1 M., Sperrsitz 50 Pf.,
Entree und II. Rang 30 Pf.

Puhmann's
Vaudeville-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich:
Gr. Konzerte, Spezialitäten-
Vorstellung und Ball.
Vollständig neues Programm:
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Feen-Palast
Größtes Vergnügungstheater Berlins.
Direktion R. Winkler u. W. Pröbel.
Wiederholung der phänomenalen
Größnungs-Vorstellung.
Brilliant-Riesensprogramm
20 Nummern. 50 Künstler.
Sensationell!
Clotilde Darnett.
Selma u. Jenny Westphal.
Tanti-Taylor-Barsikow.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 62/63 (Ely-Passage).
Königsstr. 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Borstes Familien-Kaufhaus.
Novität!
Die Rosen aus dem Süden.
Große Kundhaltungsposse mit Gesang
und Tanz in 1 Akt von W. Gerde.
Borster:
Neu! Vermischtes. Neu!
Posse mit Gesang in 1 Akt v. R. Jona.
Auftr. eines durchweg neuen glänzenden
Künstler-Spezialitäten-Perfektists.
Anfang. Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Gutscheine haben an den Wochen-
tagen zu allen Plätzen Gültigkeit.

Maehr's Variété-Theater
Oranienstr. 24.
Täglich: **Theater-Vorstellung.**
Auftreten
Spezialitätenkünstler I. Ranges.
Der Galeerensträfling.
Borstes Stück mit Gesang.
Neu! Die Witte der Kompanie.
Sensation.
Die internationalen Original-Ber-
wandlungs-Tänztänze ohne Concur-
renz! **Geschw. Böhner.** Sent!
Mr. Bill, Nigger-Excentric u. H.
Alles Nähere die Tageszettel.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-**
Vorstellung.
Durch Kampf zum Sieg.
Einführung in 1 Aufzuge von Vencie.
Neu! Durchschlagender Erfolg! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Borstes Stück mit Gesang von
W. Gerde.
Jeden Sonntag, Montag,
Dienstag und Donnerstag:
im Saal: **Grosser Ball.**

Louisenstädt. Konzerthaus
Alte Jakobstrasse 37.
Nirrenommertes Vereinslokal.
Ich empfehle meine neuorganisirten
Festsäle m. feststehender Theaterbühne,
bis 600 Personen fassend, zu Vereins-
festlichkeiten, Hochzeiten, Kommenen u.
Befestigungen zu den feinsten Bedingun-
gen. **J. Bernstein.**

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkellerei.
Damit ein geehrtes Publikum
sich von der Güte und Vorzüg-
lichkeit unserer Fruchtweine
überzeugen kann, haben wir einen
Ausschank errichtet und zwar
Kommandantensir. 67.

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Kundhaltungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kasselerische Volksbelustigungen.
Mittwoch: **Kinder-Fest.**

Cohn's Festsäle
Beuthstrasse 20.
Meine eleganten neu renovirten Festsäle mit Bühne, bis
1000 Personen fassend, sind noch an einigen Sonnabenden
und Sonntagen zu vergeben. 30014*

Brunhilde! **Roland Cheviot!**
Unverwüsthliche u. echtfarbige Spezialitäten der Firma
Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11
Weberel und Versand-Geschäft.
Unsere reichhaltige Kollektion von Damen- und
Herrenstoffen sowie Portieren steht auf Wunsch
franko zur Verfügung.
Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungs-
schreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.

Herren-Stoff-Reste zu Anzügen
von 6 M. an.
Knaben-Stoff-Reste für jedes Alter
von 2 M. 1/2 an.
Herrenhosenreste von 2 M. an.
Halbgarbeit der Stoffe unter Garantie! (66/14*)
Umsonst zugeschnitten. **Engel, Mühlstr. 26, part.**
Der Stoff hat fertige Anzüge, feine Hutfabrikanten.
M. 18.-. -
M. 20.-. -

Vorteilhafteste Bezugsquelle. **Beste Fabrikate.**
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alsenidewaaren-Lager
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse.
Brillanten und Farbsteine.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohrringe.
Ketten in Gold (nach Gewicht)
Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Von der Reise zurückgekehrt.
Dr. med. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren,
Schützenstr. 63.

Künstliche Zähne.
Dr. Steffens, Kolonnenstr. 61, 2. Tr.
Tagezahlung pr. Woche 1 M.

Dr. Simmel Moritzplatz,
1. Haus v. Schöninger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Bahn-Arteliee.
Kunst. Zähne in tadelloser Aus-
führung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Schmerzlos, Zahngießen mit Gocain,
Chloroform und Lachgas
unter Leitung eines pratt. Arztes. Bei
Behandlung v. künstl. Zähnen Zahngie-
ßen, Zahnreihen neuorganisiren; Karies-
zahlung gestattet, Woche 1 M.
Guckel, Vansiger Platz 2,
Ellastr. 12, Steglitzerstr. 71.

Jacob Lenz,
Alte Jakobstr. 69.
(vis-à-vis Feuerthur's Festsäle)
empfehle sein **WeiB- u. Bairisch-**
Bier-Kolal nach Vereinszimmer.
Vereinszimmer.
30 und 80 Personen fassend, mehrere
Abende frei. **Restaurant Babel,**
Königsstr. 57.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Grosse und kleine Säle zu
Versammlungen unentgeltlich, so-
wie zu Sommer- u. Winterfestlich-
keiten b. kulanten Bedingungen.
Reichhaltige Abendkarte
zu solid. Preisen. **Pilsener**
und **Bötsow-Bier.**

Achtung! **Achtung!**
Vereine und Gewerkschaften.
19. September gr. Saal frei.
Alexanderstr. 27c (Engl. Garten).

Rohtabak
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Guter Brand! Bestmöglichste Qualität!
Sämtliche
Fabrikations-Artikeln.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw.)
à 1.40 M.) Man verlange Preis-
Verzeichnis. 29449*

Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.
Wichtig für Brautleute!
**Möbel, Spiegel, Polster-
arbeiten, waren** verkaufte
wegen Erbpacht der Vademette be-
deutend billiger. **Fig. Werthele 1. Hause.**
Führermeister,
bakow, Invaliden-Strasse 13.

Schloßern, Mechanikern
ertheilt Ingenieur billigen Unterricht
in Elektrotechnik, Maschinenbau,
Praktikum. **H. B. L. Postlagernd**
Postamt 55. 3345

Typographia
Gesangverein Berl. Buchdrucker u. Schriftgiesser.
(Dirigent: Fr. Pieth.)
Sonntag, den 12. September 1897:
Vokal- und Instrumental-Konzert
mit Benutzung der Orgel
in der Brauerei Friedrichshain (Lips), am Königsthor.
Philharmonisches Blas-Orchester.
(Dirigent: Franz v. Blon.)
Anfang 6 1/2 Uhr. Entree: Im Vorverkauf 30 Pf.,
an der Kasse 50 Pf., Kinder 15 Pf.
Billets im Vorverkauf sind in der Musikalienhandlung von
R. Kaun, Grüner Weg 17, auf der Verwaltung des Vereins
Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser, Ritterstrasse 88; in der
Setzerlei des „Vorwärts“; bei den Herren Nettermann, Bandel-
strasse 45; Siewert, Gräferstr. 69/70, sowie in allen mit Plakaten
belegten Verkaufsstellen zu haben.

Für 10 Mark
kleiner Stoff zu einem K. Herren-
Winterpaletot, für 5 M. kleiner Stoff
zu einem kompletten Herrenanzug,
für 8-10 Meter, für 12 M. guten
Raumgarntuch oder Cheviot. Reste
zu Anzügen sehr groß 2-3 M.
Man überzeuge sich
im Riesenstofflager
Araniestr. 14, I., feine Laden.

Möbel. Möbel.
In den neu erbauten großen
Sälen **Neue Schönhäuserstr. 2**
(früher **Rosenthalerstr. 13**).
Sesseln, Stühlen, u. Quersesseln, er-
ste u. zweite Etage, dicht a. Gassehen
Markt, werden neue u. verleiht
gewesene elegante u. einf. Möbel
zu jedem annehmbaren Preise ver-
kauft; für Brautleute und zum
Umzüge ganz besonders ge-
eignet: **Ruhbaum, Mahagoni-
Schreibtische u. Waschtische, 30,
Büchertische, Stühle, Korridor-
stühle, 20, Kommoden 16, Bett-
stellen u. Matrassen u. Kissen
21 M., französische, furnirte
Rüchelsesseln in Sprungfeder-
Matrassen u. Kissen 48, Tri-
maner 58, elegante Flügel u.
Stoff-Karnturen 70, 105 Mark,
Dresdener Schreibrische, Damen-
Schreibtische, Sopha mit Ein-
auszug 33 M., Spiegel in allen
Größen u. Arten, Aufschreibrische,
Prisohlentische, Garderoben-Spin-
den, alle Arten Küchenmöbel zc.
Anf. gebe ich Einrichtungen auf
Theilzahlung, Beamten mit ganz
geringer Anzahlung. Gekaufte
Möbel können beliebig Zeit haben
diesen u. werden durch eigene Ge-
spanne transportirt u. aufgestellt.**

Kostenlose Auswärtige u. zu verkaufen:
den Geschäften v. **Art. Reander**
Str. 16, Peim.
Al. Seiffengeshäft (s. ob. 1. Off.)
billig verkauft. **Preis 450 M.**
Glückstr. 30. 2116*

Zridwolle-Ausverkauf.
Reine in Zephyr und Rohwolle zu
Fabrik. Holzmarktstr. 60, H. L. 1. Tr.

Gewunde kleine Wohnungen
in Ballon per 1. Oktober im **Süd-**
osten, Eisenstrasse 84.
Elektrische und Stadtbahnverbindung
Treptow. 4285*

Mühlenstr. Nr. 8
nahe Oberbaum u. Waidmannstraße,
sind billige freundliche Wohnungen
zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres
beim **Beworber.** 29412*

Arbeitsmarkt.
Die Formner und Aermmacher
der Firma **Borsig**
haben Montag, den 23. August wegen
Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt.
Zugun nach betreffender Firma
ist streng fernzuhalten!
E. Müller, Gerichtstr. 31.
Bertronsmann. [63/4*

Achtung!
Holzarbeiter!
Drehler, Stellmacher.
Die Werkstatt von **Engel, Tem-**
minerstraße, hat die Forderungen
noch nicht bewilligt.
Bantischler.
In der Werkstatt von **Heisig,**
Dankstr. 74 und **Schönhäuser**
Allee 141 helfen sämtliche Kollegen
nach Fertigstellung ihres Akkords
wegen Lohnhöherungen die Arbeit ein-
stellen.
Parquetbodenleger.
Die Firma **Rosenfeld & Cie.**
zahlt den Tarif nicht.
Zugun nach obigen Werkstätten
ist fernzuhalten.
292/20 Die Ordnenverwaltung.

Möbel **Theilzahlung.**
Neue
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Für 36 Mark
fertige feine Winterpaletot u. Anzug,
für 36 M. K. Anzug nach Maß, für
8-12 M. feine Winterhosen nach
Maß. 30562*

Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Möbel 29408*
in jedem Stil und jeder Holzart,
überst. billig, auch auf Theilzahlung.
Gr. Lager gebrauchter und verleiht
gewesener Möbel. 29491*

Schützenstr. 2.

Bedden, Regulator, Regulator,
Krausenstr. 14, I., kein Laden.
Möbel
verleihen gewesene und neue, staunend
billig. Theilzahlung gestattet.
Beamten ohne Anzahlung. 29172*
Neue Königstr. 59.

Oderbruch-Feltgänse
à Pfund 60 Pf.
Wanerkello, ausgekostet: Pfund
Junge Gänse, Tauben, Enten.
Reite Suppenhühner seit frisch u.
billig. Wild- u. Geflügel-Handlung
A. Ritsch, Dresdenerstr. 61.

Darlehen ohne Bürgsch. gewährt d.
„Sparkasse“ d. Schlei.
Cred. u. Hyp. Bankgeschäft Koralla,
Dresden. Statut geg. 40 Pf.

Zentral-Arbeitsnachweis
d. Cöper Deutschlands,
Berlin, Kolonnenstr. 57,
zweiter Eingang: **Sormannstr.**
Unverheirathete Dienstmägler
werden sofort gesucht: 2 Mann
nach Groß-Beeren, 2 Mann
nach Lübbenau und 1 Mann
nach Woldenberg. 196/11

Sorbmacher auf Blumenkörbe werden
verlangt. 4336*
Templer, Brandenburgstr. 69.
1 Silberarbeiter u. Schlichter verlangt
Weichardt, Ritterstr. 73.

Gewübte Schirmmäglerinnen
auf Gloria und Halbleide finden bei
hohen Löhnen Beschäftigung. 4305
Berlin-Geller Schirmfabrik,
Niederwallstr. 35-36.
Vermächten gegen monatliche Ver-
gütung verlangt
Gebr. Benjamin, Grüner Weg 118.

Lüchtiger Fliesenleger gesucht
Raubach-Str. 23, früh 6-7 1/2 Uhr.

Lücht. Nähtischmacher dauernd
Beschäftigung v. **G. Krause, Fruchtstr. 72.**

Korbmacher.
Tüchtige Gehilfen u. Geschickte Kr-
beiter bekommen dauernde u. lohnende
Stellungen. Keine vergütet.
Robert Wengler, Kopenhagen.
4 Gef. auf Bücheln und gute Möbel
verlangt **F. r e n e l, Neu-Viktoriastr.**
Wilmhainstraße 18, dicht am Bahnhof
Lichtenberg-Friedrichsstraße 416b
Tüchtige Büchsenmacher auf Futter-
arbeit u. verl. Dresdenerstr. 99 t. y